Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 7 Mk. Durch die Post monatl. 7 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den breigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Postscheckkonto: Leipzig 106848. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 40 Pf. | Halle, Sonnabend, den 8. Oktober | 1. Jahrgang · Nr. 236

An die Proletarier und Proletarierinnen aller Länder!

Das Weltkapital bereitet einen direkten polnisch-rumänischen Feldzug gegen das hungernde Sowjet-Rußland vor.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Schon in unserem ersten Aufruf über die Hungersnot in Rußland haben wir Euch gewarnt vor jedem Vertrauen zu den humanitären Phrasen- und Hilfsbereitschaftserklärungen der kapitalistischen Staaten dem hungernden Sowjet-Rußland gegenüber. Wir haben Euch gesagt, daß das Weltkapital in Sowjet-Rußland jetzt wie früher den Herd der Weltrevolution sieht, und es wird die durch die Dürre verursachte, durch die Folgen der Interventionen verschärfte Hungersnot ausnutzen zur Vorbereitung eines neuen Angriffes gegen Sowjet-Rußland. Unsere Prophezeiungen sind schon erfüllt. Während von einer wirklichen Hilfe für die Hungernden nur in minimalen Ausmaßen die Rede ist, während Frankreich provokatorisch der Not des russischen Volkes höhnend, das Hilfswerk in die Hände von Noulens legt, in die Hände des Organisators der russischen Konterrevolution, während die Alliiertenkommission unter der Leitung dieses selben Noulens **die Organisation der Hilfe zu verwandeln sucht in die Organisation der Spionage** in Rußland, unternimmt die französische Regierung hinter den Kulissen der Diplomatie **vorbereitende Schritte für die Organisation des Krieges** mit Sowjet-Rußland. Am 8. September **hat sie von der polnischen Regierung gefordert, an Sowjet-Rußland** ein Ultimatum zu stellen, in dem die Sowjetregierung verpflichtet wird, sofort die durch den Rigaer Frieden stipulierten Geldzahlungen zu machen, widrigenfalls Polen die diplomatischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland abbrechen soll. Da Sowjet-Rußland die Erfüllung dieser geldlichen Verpflichtungen eingestellt hat, weil Polen weißgardistische Banden Sawinkows ausrüstete, die nach Rußland einfielen, die Ernte einäscherten, Eisenbahnen zerstörten, so war es klar, daß es auf die Forderungen der polnischen Regierung nicht eingehen kann. Frankreich versprach den Polen militärische Hilfe einerseits und Unterstützung seitens Rumäniens. **Die polnische Regierung, die diese Forderungen ablehnte, wurde gestürzt. Das Heft hat der Marschall Pilsudski in der Hand,** der Organisator des vorjährigen Ueberfalls auf Sowjet-Rußland, und die polnische Regierung hat an die russische das von Frankreich geforderte Ultimatum gestellt. Sie geht noch über die französischen Forderungen hinaus, indem sie eine Reihe von vornherein unerfüllbarer Forderungen stellt. Gleichzeitig beginnt die polnische Regierung Grenzkonflikte zu organisieren, um die notwendige Atmosphäre in Polen zu schaffen. In Polen, wo das bürgerliche Regiment nahe daran ist, über seine eigene Unfähigkeit zu stürzen, wo eine Welle der Streiks die andere ablöst, gilt es, durch die Aufpeitschung der nationalistischen Instinkte von neuem die Massen in die Hand zu kriegen und durch die Aufrichtung der militärischen Diktatur jede revolutionäre Regung des Proletariats zu ersticken. Frankreich hofft, durch die Niederwerfung der Sowjetregierung mit einem Ruck die alten zaristischen Schulden aus dem Lande herauszupressen, so dessen wirtschaftlicher Zerrüttung die französische Intervention am meisten beigetragen hat.

Wenn es am Anfang schien, Frankreich gehe hier vereinsamt vor, so haben die letzten Tage bewiesen, daß dem nicht so ist. Am 7. September hat die englische Regierung, vier Tage nach dem französischen Schritt in Warschau, von dem sie angeblich nichts gewußt hat, beschlossen, von der Sowjetregierung die Einstellung jeder revolutionären Propaganda im Osten zu fordern. Sie händigte ihr eine Note aus, in der sie, wie es von dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale festgestellt wurde, **auf Grund von Fälschungen des schmutzigsten deutschen Spitzelgesindels,** das von der Ludendorffschen Polizei geblieben und durch eine Bande internationaler Abenteurer verstärkt wurde, ihre Anklagen erhebt. Der englische Schritt bedeutet, **daß die Clique des englischen Kriegsministers Winston Churchill, die keinen Augenblick aufgehört hat, gegen Sowjet-Rußland zu wühlen, sich vorbereitet, die englische Politik aus dem friedlichen Fahrwasser wieder in das Fahrwasser Frankreichs, d. h. des Krieges zu bugsieren.** Es macht keinen Unterschied, wenn vielleicht die englische Regierung durch ihre Fälschungen und Drohungen einstweilen nur bezweckt, Sowjet-Rußland im Osten zu binden und zu lähmen. Das Resultat des Nachgebens Lloyd Georges dem Kriegstreiber Churchill gegenüber ist die Ermunterung Frankreichs zu seinem verbrecherischen Spiel. Beginnt der Krieg Polens gegen Sowjet-Rußland mit Hilfe Frankreichs, dann wird Churchill Gelegenheit bekommen, auch England mitzureißen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Das **Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale** hat zusammen mit den Vertretern der Roten Gewerkschaftsinternationale sich eingehend mit der Lage beschäftigt und hält es für notwendig, Euch zu sagen, **daß die internationale Lage im vollsten Sinne des Wortes ernst ist.** Sogar wenn die Aufdeckung der geheimen Schritte Frankreichs in Polen und der schamlosen Fälschungen Lord Curzons für eine Zeitlang die interventionistischen Strömungen eindämmen würde, so hat die französische Hetzarbeit und die englische Fälscherarbeit bewiesen, daß **starke Kräfte an der Vorbereitung einer neuen Intervention arbeiten.** Schon rollen wieder, provoziert und angespornt durch Frankreichs imperialistische Bourgeoisie, Waffen- und Munitionstransporte nach Polen und Rumänien. Schon werden wieder in den mitteleuropäischen Staaten Waffen für Polen produziert oder aus den vorhandenen Beständen abgegeben. Der Ueberfall auf Sowjet-Rußland wird so systematisch vorbereitet. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale fordert **die Arbeiter und die Arbeiterinnen aller Länder, ohne Unterschied der Partei,** die es ganz gewiß für ein Verbrechen halten werden, hungernden Millionen statt Brot Blei zu geben, auf, in allen Ländern in der eindringlichsten Weise den Kampf gegen diese Vorbereitungen aufzunehmen.

Wir fordern Euch auf: Organisiert in allen Ländern Versammlungen und Demonstrationen unter der Losung: **Hilfe für Sowjet-Rußland! Nieder mit den Verbrechern, die den Ueberfall auf Sowjet-Rußland vorbereiten!**

Verhindert auf allen Eisenbahnen den Transport von Waffen nach Polen, Rumänien, Estbland, Lettland und Finnland!

Stärkt in allen Ländern Euren Einfluß auf die Soldaten, damit sie sich nicht mehr mißbrauchen lassen als Kanonenfutter des internationalen Kapitals gegen Sowjet-Rußland!

Bringt den Herrschenden zum Bewußtsein, daß Ihr mit allen Euch zur Verfügung stehenden Mitteln Euch gegen jede Bedrohung, gegen jeden Druck auf Sowjet-Rußland wenden werdet!

Brot und Frieden dem hungernden russischen Volke!

Kampf bis zum äußersten gegen jede Bedrohung Sowjet-Rußland!

Für die Exekutive der Kommunistischen Internationale:
Vorsitzender: Sinowjew; Heckert, Pieck (Deutschland), Souvarine (Frankreich), Gennari (Italien), Skalak, Hampel, Vanek (Tschechoslowakei), Bucharin, Radek (Rußland), Gracia, Gonzales (Spanien), Lulowitsch (Jugoslawien), Popow (Bulgarien), Ballaster (Amerika), Sirola (Finnland), Humbert-Droz (Schweiz), Bela Khun (Ungarn), Friis (Norwegen), Lindevut (Schweden), Stoutschka (Lettland), Koritschoner (Oesterreich).

Für die Exekutive der Roten Gewerkschaftsinternationale:
Losowski, Mayer, Arlandis.

Für die Jugend-Internationale:
Schatzkin, Unger.

Der neue Poehner.

Berlin, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) **Als Nachfolger Poehners,** des früheren Münchener Polizeipräsidenten, wurde Ministerialrat Nortz ernannt. Nortz war nach dem Kapp-Putsch Staatskommissar für öffentliche Ruhe und Sicherheit in Bayern und später Staatskommissar für die Durchführung der Entwaffnung. N. ist überzeugter Monarchist und bei der bayrischen Bourgeoisie wegen seines schnöden Verhaltens gegen die Kommunisten beliebt.

Die Teuerung steigt!

Berlin, 7. Oktober. Die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten, der die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete zugrunde liegen, ist im September gegenüber dem Vormonat um 17 Punkte oder 1,6 v. H. auf 1062 gestiegen.

*

Wieviel Elend und Gram, Not und Verzweiflung liegt für das Arbeitervolk in dieser nächsten Ziffer. Es ist der Prozeß des Verhungerns und Verkommens der Arbeiterschaft, der sich mit grausamer Sicherheit in dem Steigen der Indexziffer ausdrückt. Die ungenügenden Lohnerhöhungen der letzten Zeit sind längst durch das sprunghafte Indie-Höhe-Klettern der Preise für die notwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel weitgemacht. Aber das Unternehmertum glaubt, die Arbeiterschaft kampfmüde und so nutzt es den gegenwärtigen Augenblick zu einer großzügigen Offensive. Beseitigung des Achtstundentages (56-Stundenwoche im Lenna-werk), also vermehrte Ausbeutung bei gleichzeitigem Höherhängen des Brotkorbes: Das ist das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft. Es ist besiegelt, wenn die Proletarier es nicht verstehen, die Gewerkschaften zur rücksichtslosen Aufnahme des wirtschaftlichen Kampfes zu zwingen.

Die Sowjetregierung für die Oppauer Opfer.

Berlin, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) **Die Sowjetregierung hat dem Auswärtigen Amt 10 000 Mk. zugunsten der Opfer der Oppauer Katastrophe überwiesen. Gleichzeitig überwies die Vertretung des russischen Roten Kreuzes in Berlin 5000 Mk. für das deutsche Rote Kreuz zu demselben Zweck.**

„Wirtschaftliches Glück!"

In **Wiesbaden** hat Rathenau mit Loucheur die Haut des deutschen Proletariats verhandelt. Nach dem getroffenen Abkommen hat Deutschland in den nächsten vier Jahren an Frankreich Lieferungen im Werte von 7 Milliarden Goldmark — das sind 150 Milliarden Papiermark! — zu machen. Ueber die Durchführung des Abkommens entnehmen wir dem „Petit Journal" folgendes:

„Vom ersten Dezember an werden den bereits bestehenden französischen Einkaufsbureaus, die in jedem Departement zu errichten sind, deutsche Wiederaufbaubureaus bestehen. Wenn also ein Industrieller eine bestimmte Menge von Material braucht, richtet er seinen Auftrag an das Bureau in Lille, das ihn dem deutschen Bureau übermittelt. Das deutsche Bureau übermittelt diesen Auftrag dem deutschen Zentralbureau in Berlin, das die Lieferung, den Einkauf und den Transport übernimmt und dem französischen Bureau eine Note sendet, in der die Preise der gelieferten Waren verzeichnet sind. Das französische Bureau stellt nun fest, ob die dem Geschädigten zuerkannten Entschädigungssummen zur Deckung des Preises für die deutschen Lieferungen ausreichen und ob er infolgedessen nichts mehr in bar zu zahlen hat. Was Deutschland tatsächlich den einzelnen Geschädigten geliefert hat, wird auf sein Kreditkonto gebucht.

Rathenau hat nun seinerseits den deutschen Lieferanten den Preis für das Gelieferte zu zahlen, und zwar in **Papiermark,** wodurch der Ankauf auswärtiger Devisen vermieden wird. Diese Papiermark **wird er sich entweder durch neue innere Anleihen oder durch neue Steuern beschaffen, oder aber durch Ausgabe neuer Noten.** Endlich **kann die deutsche Regierung die deutschen Lieferanten,** wenigstens teilweise, bezahlen, indem sie ihnen die fälligen Steuern nachläßt. Alles das ist übrigens eine innere deutsche Angelegenheit.

Die deutsche Regierung wird sich besonders durch die Möglichkeit gestärkt fühlen, einen großen Teil ihrer Schuld rasch decken zu können, ohne auswärtige Kredite in Anspruch nehmen zu müssen, und ohne daß aus Deutschland ein Pfennig hinauswandert. Die **deutschen Industriellen werden ein Interesse daran haben, ihre Erzeugung so weit zu entwickeln,** daß die Verkaufspreise den Preisen **in Deutschland** entsprechen. Sie werden sehen, daß sich ihnen ein fest umgrenzter Markt eröffnet, der ihnen dieselben Vorteile bietet, wie der Verkauf ihrer Waren in Deutschland, **wodurch Deutschland zu wirtschaftlichem Glück gelangen wird.** Frankreich seinerseits wird in fünf Jahren einen großen Teil seiner zerstörten Gebiete wieder aufgebaut haben und einen 15jährigen Kredit haben, diese Preise zurückzuzahlen. Es wird, abgesehen von den deutschen Geldzahlungen, für sein Guthaben an Deutschland 7 Milliarden Goldmark erhalten, wodurch das Wirtschaftsleben in Nordfrankreich wiederhergestellt werden kann."

Also neue Schulden, eine neue Papierflut, neue Steuern, weitere und noch schärfere Heraddrückung des Reallohnes der Arbeiter unter gleichzeitiger Verteuerung der Lebenshaltung — das sind die Mittel der „sozialistisch"-bürgerlichen Koalitionsregierung zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen! Hand in Hand damit gehen verschärfte Ausbeutung durch Verlängerung der Arbeitszeit in Verbindung mit Akkord- und Prämienschusterei, um die „Erzeugung zu entwickeln und die Verkaufspreise in Frankreich den Preisen in Deutschland" anzupassen. Das „wirtschaftliche Glück Deutschlands" sind unermeßliche Profite des deutschen Großkapitals, dem ausdrücklich noch Streichung der Steuern versprochen wird. Die Stinnesleute haben also die beste Gelegenheit, zu ihren Kriegs- und Revolutionsgewinnen die Reparationsgewinne zu häufen. Dabei sichert die wachsende Inflation in Deutschland der Industrie neben dem französischen Absatzmarkt die Eroberung neuer Absatzmöglichkeiten im übrigen Auslande, was steigende Exportprämien mit sich bringt.

Die Stinnespartei hat wirklich alle Veranlassung, bei der Umbildung der Regierung Wirth abstinent zu bleiben. Wenn sich die Regierung Wirth durch Beteiligung der Unabhängigen „festigt" und dieses Reparationsprogramm durchführt, das für das Großkapital wirtschaftliches Glück, für das Proletariat verschärftes Elend und Ausbeutung bedeutet, warum sollen sich denn die Stinnesleute zur Regierung drängen, wenn die Sozialisten so vortrefflich ihre Geschäfte besorgen und sie selbst obendrein noch den Vorteil der Opposition haben können, um diese Regierung für das Elend des schaffenden Volkes verantwortlich zu machen?

Kampfwille der Angestellten der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen den Angestellten und Unternehmern der Metallindustrie erklärten sich die Unternehmer zu einer Lohnerhöhung von etwa 25 Mk. pro Woche bereit. Die Angestellten lehnten dieses lächerliche Angebot geitern ab und beschlossen, bis spätestens Dienstag 12 Uhr mittags eine Urabstimmung über einen eventuellen Streik vorzunehmen. Es ist bestimmt mit einer Arbeitsniederlegung der Techniker, Kalkulatoren, Meister usw. in der Berliner Metallindustrie zu rechnen. Bei der Bewegung kommen 45 000 bis 50 000 Angestellte in Frage.

Die rein sozialistische Regierung in Thüringen.

(ZU.) **Erfurt, 7. Oktober.** Heute vormittag um 11 Uhr wurde im Thüringer Landtag unter scharfen Protesten aller bürgerlichen Parteien (wozu der Lärm?) eine rein sozialistische Regierung gewählt. Justizminister und gleichzeitig Ministerpräsident ist Freiherr von Brandenstein, der neuerdings zur Rechtssozialdemokratie übergetreten ist, Wirtschaftsminister wurde Frölich (USP.), der dieses Portefeuille bereits innehatte, Finanzminister Hartmann (Rechtssozialist), Innenminister Hermann (USP.), Redakteur in Eisenach, das Kultusministerium soll der Unabhängige, Lehrer Greit in Gera, erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211008-11/fragment/page=0001

Die sozialistische Regierung Sachsens lehnt die Amnestie ab.

Am Dienstag hätte die „sozialistische" Regierung Sachsens Gelegenheit gehabt, zu zeigen, ob sie ernstlich gewillt ist, den Willen der Arbeiterschaft zu vollstrecken und mit der Reaktion in Sachsen wirklich und gründlich aufzuräumen. Zur Beratung standen die kommunistischen Anträge. Die Anträge verlangten: Erlaß eines Amnestiegesetzes für politische Vergehen in Sachsen und entschiedene Einwirkung auf die Reichsregierung für den Erlaß einer allgemeinen Amnestie; Reinigung der staatlichen Behörden von konterrevolutionären Elementen; Reorganisation des staatlichen Sicherheitsdienstes; Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter usw. Der Justizminister Zeigner lehnte eine Amnestie für Sachsen ab; die Verhältnisse seien dazu nicht angetan. Auch die Unabsetzbarkeit der Richter lehnte er ab. Die Unabsetzbarkeit der Richter pries Zeigner als die Errungenschaft Jahrhunderte alter Tradition. Der kommunistische Antrag, daß Sachsen 250 000 Mk. für Sowjet-Rußland bewilige, wurde von der sozialistischen Regierung folgendermaßen beantwortet: „Es dürfe für ein armes Land wie Sachsen nicht verantwortet werden können, eine Summe von 250 000 Mk. einem anderen Lande zuzuwenden, demgegenüber zurzeit nicht die ausreichende Gewähr und Kontrolle nach der Richtung hin bestehen, daß das Geld auch wirklich den Zwecken zufließt, für die es bewilligt wird."

Diese Landtagssitzung hat erneut vor dem sächsischen Proletariat die Frage aufgerollt, ob es sich auch weiterhin gefallen lassen will, daß seine Vertrauensleute, die es in die Regierung entsandt hat, um einen Stützpunkt gegen die Reaktion auszubauen, das in sie gesetzte Vertrauen schmählich mißbrauchen.

Auslands-Uebersicht.

Verschärfung des Textilarbeiterstreiks in Frankreich.

Paris, 7. Oktober. Im großen Textilarbeiterstreik von Roubaix-Tourcoing ist eine Verschlimmerung eingetreten. Die Unternehmerverbände beschlossen die Verhandlungen als abgebrochen zu betrachten. Die beabsichtigte Lohnkürzung betrug 20 Centimes auf die Stunde und der vermittelnde Vorschlag des Arbeitsministers, sie auf 10 Centimes zurückzuführen, wurde von beiden Parteien abgelehnt.

Ein neuer Proteststreik gegen die Kriegsmaterialproduktion in Frankreich. In Saint-Ouen wurde in der Fabrik Petit-Picand der Eisengießer Vanzutte, Mitglied der Metallarbeiter-Gewerkschaft, entlassen, weil er die Teilnahme an der Herstellung von Kriegsmaterial verweigerte. Die gesamte Arbeiterschaft erklärte sich hiermit mit Vanzutte solidarisch und trat in den Ausstand. Die Arbeit in der Eisengießerei Petit-Picand ruht vollständig. Die Zahl der Streikenden beträgt ungefähr 200.

Aus der Partei.

Die politische Lage und die Aufgaben der Partei

In einer am 30. September stattgefundenen Sitzung der Berliner Funktionäre wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

1. Die wachsende Teuerung, die für den Winter bevorstehenden Lohnkämpfe, die drohenden unerträglichen Steuern schlossen das deutsche Proletariat im August und September mehr zusammen als bis dahin. Der Schrei nach der Einheitsfront war der instinktive Ausdruck des Willens, den Kampf der gesamten, in ihrer Existenz bedrohten Arbeiterklasse auf der breitesten Basis zu führen und auch organisatorisch zusammenzufassen.

2. Nach der Ermordung Erzbergers wurde dieser Wille, der durch das Angriffssignal der Reaktion gesteigert, sich in gewaltigen Demonstrationen der Arbeiter äußerte, durch die Führerinstanzen der SPD. und USP. vom unmittelbaren Kampf um die Forderungen des gesamten Proletariats:

Entwaffnung der reaktionären Banden,
Säuberung des staatlichen Apparates,
Aufstellung proletarischer Selbstschutzorganisationen,

abgelenkt, und die Kundgebung der Arbeiterschaft mündete in eine parlamentarisch-diplomatische Komödie der Verhandlungen zwischen Wirth und Kahr-Bayern.

3. Gleichzeitig verhandelten hinter den Kulissen die Führer der SPD. mit den führenden Kreisen des Finanzkapitals und der Industrie, mit der Deutschen Volkspartei, um eine Erweiterung der Koalition durch Hinzunahme der Stinnespartei. In Görlitz überrumpelten geschickte Regisseure den Parteitag der SPD. und ließen ihrer Politik des Klassenverrats die Genehmigung des Parteitages geben.

4. Der Schlag, den die Führerschaft der SPD. in Görlitz gegen das Proletariat, insbesondere gegen die Einheitsfront des Proletariats führte, indem sie sich lieber mit Stinnes als mit den Arbeitern verbündete, wurde gleichzeitig von der anderen Seite, von Stinnes selbst, verstärkt durch das Devisenangebot der Industrie.

Das „Opferangebot" bedeutet nichts anderes als die Auslieferung des Proletariats an die finanzkapitalistischen Trusts Deutschlands und der Entente zugleich.

5. Durch die Teilnahme der Deutschen Volkspartei zusammen mit der SPD. an der Regierung wird der Kampf der Arbeiterschaft in den kommenden Monaten ungeheuer erschwert werden. Nicht nur, daß die Steuern noch drückender werden müssen als nach den bisherigen Steuerprogrammentwürfen — lehnt doch die Stinnespartei jeden Eingriff in die Kapitalsabfuhr schroff ab —, durch die verantwortliche Teilnahme der SPD. an der Regierung werden die Lohnkämpfe der Arbeiter im Winter auch von der SPD. wie von den Gewerkschaften erschwert und sabotiert werden. Lohnabbau, Durchlöcherung des Achtstundentages, Beschränkung der Koalitionsfreiheit und politische Verfolgungen werden künftighin unter offener Billigung der SPD.-Führer stattfinden.

6. Angesichts dieser schweren und ernsten Lage der Arbeiterschaft ist es Pflicht der Kommunisten, trotz Görlitz die Schaffung einer einheitlichen Kampffront des Proletariats anzustreben. Die Gewerkschaftsbureaukraten werden versuchen, alle Lohnkämpfe zu zersplittern und abzuwürgen. Wir müssen versuchen, diesen Kämpfen von vornherein breiteste Basis zu geben. Sorgfältigste Vorbereitung durch interfraktionelle und parteiolse Konferenzen, durch Heranziehung der Arbeiter zur Kontrolle ihrer Instanzen, sachliches und zähes Arbeiten im Betrieb und in der Gewerkschaft wird jetzt heiligste Pflicht der Kommunisten.

7. Die Arbeiter der anderen Arbeiterparteien sind mit der Politik ihrer Arbeiterführer unzufrieden. Die SPD.-Arbeiter verabscheuen den Stinnes ebenso wie wir. Die USP.-Arbeiter sind tief enttäuscht vom Scheitern des Traums von der Einheitsfront des Proletariats, die sie sich durch eine Arbeitsgemeinschaft mit der SPD. verwirklicht dachten.

Pflicht der Kommunisten ist es, diesen Arbeitsbrüdern sachlich entgegenzukommen, überall, im Betrieb, in der Gewerkschaft, in der Versammlung und auch von Person zu Person die konkreten wirtschaftspolitischen Aufgaben und den Weg zu ihrer Lösung ihnen zu zeigen.

8. In den kommenden Kämpfen werden die brennenden Fragen allen Arbeitern gemeinsam sein und alle Arbeiter werden gleichmäßig von der Not erfaßt. Es ist unsere Aufgabe, für die Schaffung der Einheitsfront des Klassenkampfes mit allem Ernst und aller Verantwortung uns einzusetzen.

Die Steuerfragen werden als nächste konkrete Fragen zur Diskussion stehen. Wir verlangen:

Abschaffung der indirekten Steuern.
Scharfe Besteuerung des Besitzes durch Wegsteuern aller Vermögen über eine gewisse Höhe hinaus, aller Erbschaften, die eine gewisse Summe übertreffen,
Einstellung des Zinsendienstes für die Kriegsanleihen und sonstigen Anleihen bei Zeichnungen über eine gewisse Höhe hinaus.

Wir verlangen ferner:
Erhöhung der Löhne um einen gewissen Prozentsatz.

Wir wissen, daß diese Forderungen nur dann einen Sinn haben, wenn gleichzeitig
die Arbeiterschaft die Preise kontrolliert und sich Einblick verschaft in das, was produziert wird, und in die Art, wie produziert wird.
Dadurch werden unsere Forderungen, die jeder Arbeiter begreift, Kampfforderungen, Forderungen des Klassenkampfes!

Die KPD. hat die Pflicht, als einzige proletarische Partei, die den Klassenkampfgedanken nie aufgegeben hat, alle ihre Kräfte einzusetzen, alle Aktivität der Gesamtpartei wie jedes einzelnen Mitgliedes aufzubieten, um die proletarischen Massen in der Einheitsfront des Klassenkampfes zu organisieren und zu führen.

Die Abschaffung des Achtstundentages.

Was tut der ADGB.?

In Bremen und in Höchst hat das Unternehmertum den Versuch gemacht, in gewaltigen Vorstößen die Arbeiterschaft zu Boden zu werfen. Das mitteldeutsche Unternehmertum überbietet seine Gesinnungsfreunde noch an Brutalität, indem es kurzerhand durch Anschlag die Einführung der 56-Stundenwoche ab 8. Oktober verkündet. Das Reichsarbeitsministerium bereitet einen Gesetzentwurf über die allgemeine Einführung der 56-Stundenwoche in Schichtwechselbetrieben vor. Das Gesetz ist noch nicht einmal dem Reichstag zugegangen, und vorläufig besteht noch die Verordnung über den Achtstundentag. Es setzt sich selbstherrlich über alle Verordnungen und Gesetze hinweg und führt die 56-Stundenwoche ein wegen „Arbeitermangel", während es in Deutschland allein 400 000 Arbeitslose gibt, die Unterstützung beziehen. Die Einführung der 56-Stundenwoche im Leunawerk ist eine schwere Bedrohung des Achtstundentages für die Arbeiterschaft in der gesamten deutschen Industrie. Dem Vorgehen der Stickstoff-Industriellen werden die anderen Unternehmer nur allzu bereitwillig folgen, um in der gegenwärtigen Zeit, wo der Zusammenbruch der deutschen Währung, die ihnen eine Schleuderkonkurrenz mit dem Auslande erlaubt, auch ihre Arbeiter einer vermehrten Ausbeutung zu unterwerfen. Beantwortet die deutsche Arbeiterschaft nicht die Abschaffung des Achtstundentages im Leunawerk, so hat für das gesamte deutsche Proletariat die Schicksalsstunde des Achtstundentages geschlagen!

Für die deutschen Gewerkschaften ergeben sich daraus Aufgaben, die sie unmöglich sabotieren können, wollen sie nicht die Interessen ihrer Mitglieder auf das Allerschändlichste verraten. Zweifellsohne geht das Unternehmertum, und zwar besonders das Kapital der chemischen Industrie, nach einheitlichem Plane gegen die Arbeiterschaft vor. Das beweist vor allem der Vorstoß des Unternehmertums in den Höchster Farbwerken, Griesheim-Elektron usw. Zehntausende von Arbeitern werden von diesen Schlägen getroffen. Und es darf nicht verkannt werden, daß das Vorgehen der dortigen Unternehmer in einem inneren Zusammenhang steht mit den Maßnahmen der Leuna-Direktion. Die Leitung des Fabrikarbeiterverbandes, in dessen Bereich die Kämpfe der chemischen Industrie fallen, hat den Abwehrkampf der Arbeiter von Höchst und Griesheim für berechtigt anerkannt, aber er hat zugleich auch erklärt, daß er mit allen Mitteln versuchen werde, diesen Kampf zu „lokalisieren", um ein Uebergreifen auf andere Orte zu verhindern. Diese Stellung muß der Fabrikarbeiterverband nach den Vorfällen im Leunawerk als unhaltbar aufgeben, er muß im Gegenteil versuchen, sofort einen Abwehrkampf der Leunaarbeiter gegen die Einführung der 56-Stundenwoche herbeizuführen und diesen Kampf mit den Abwehrmaßnahmen der Höchster und Griesheimer Arbeiter zu einer gemeinsamen Aktion zu verbinden. Die Arbeiter der gesamten chemischen Industrie müssen in Alarmbereitschaft gesetzt werden.

Aber das Vorgehen der Unternehmer im Leunawerk ist über die Reihen der chemischen Industriearbeiter hinaus für das gesamte deutsche Proletariat von höchster aktueller Bedeutung. Gelingt der Anschlag des Unternehmertums im Leunawerk — und er kann nur verhindert werden durch schärfsten Abwehrkampf —, so werden die Unternehmer in allen Industriezweigen das Vorbild der Leunaer Direktion nachahmen, und bevor noch das Arbeitszeitgesetz im Reichstag zur Beratung kommt, wird die Durchführung der 56-Stundenwoche bereits eine vollendete Tatsache in ganz Deutschland sein. Und die Frage wird dann nicht mehr heißen: Achtstundentag oder nicht, sondern 10-Stundentag, 11-Stundentag oder eine noch größere Belastung der Arbeiterschaft. Die Einführung der 56-Stundenwoche im Leunawerk zu verhindern, ist also die wichtigste Aufgabe der gesamten deutschen Arbeiterschaft und vor allen Dingen ihrer berufenen Organisationen für den wirtschaftlichen Kampf, der Gewerkschaften. Die deutschen Gewerkschaften, vor allem der ADGB., würden sich ein schweres Versäumnis zuschulden kommen lassen, wenn sie nicht mit allem Nachdruck die geplante Abschaffung des Achtstundentages verhindern, und wenn sie nicht mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, für den Schutz des Achtstundentages eintreten. Die deutschen Arbeitermassen, die Mitglieder der Gewerkschaften, werden das ganze Gewicht ihres Wollens und ihrer Kraft einsetzen, um die gewerkschaftlichen Instanzen zur Erfüllung ihrer Pflicht zu bewegen.

*

Auch in Piesteritz die 56-Stunden-Woche.

In Leuna ist die Direktion offen und brutal mit ihren Absichten hervorgetreten. In Piesteritz, wo die Arbeiterschaft sich ihr Klassenbewußtsein bewahrt hat, wagt es die Direktion nicht, der Belegschaft die 56-Stunden-Woche allgemein aufzuzwingen. Sie muß die Arbeiterschaft erst zersplittern. Deshalb stellt sie es jedem einzelnen frei, 48 oder 56 Stunden zu arbeiten.

Auch hier wird als Grund — Arbeitermangel angegeben.

*

Ganz systematisch geht die Direktion der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik gegen ihre Arbeiterschaft vor. Erst die Oppauer, dann die Leunaer Arbeiterschaft niedergeschlagen, jetzt sollen die Arbeiter der Höchster, Griesheimer und Kreisterbacher Werke niedergelämpft werden, dann wird man Piesteritz und Bitterfeld folgen lassen.

Jetzt gilt es den Schlag, den das Unternehmertum gegen die gesamte Arbeiterschaft führt, auf breitester Front abzuwehren. Die gesamte Arbeiterschaft des Konzerns muß zusammenstehen, einmütig wie ein Mann muß sie den Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen aufnehmen. Die Unternehmer der Chemischen Industrie sind es, die den Generalsturm des Unternehmertums gegen den 8-Stunden-Tag beginnen. Im Bergbau, in der Textilindustrie, werden bereits ebenfalls Versuche zur Verlängerung der Arbeitszeit gemacht. Die Arbeiter des Chemischen Konzerns haben als die ersten den Ansturm des Kapitals abzuwehren. Auf sie blickt die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Schließt die Front zur gemeinsamen Abwehr. Schließt Euch in allen Betrieben zusammen. Verlangt von Eurem Betriebsrätekonferenz eine Betriebsrätekonferenz des gesamten Konzerns, auf der die Basis für den einheitlichen und geschlossenen Kampf der gesamten Arbeiterschaft

gegen das Akkord- und Prämiensystem
gegen die Verlängerung der Arbeitszeit
für den 8-Stunden-Tag
für die Kontrolle der Sicherheits- und Schutzmaßnahmen durch Beauftragte der Arbeiterschaft

geschaffen werden.

60- und 72-Stunden-Woche.

„Die Gewerkschaft", das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, schreibt in ihrer Nr. 40 über das Gesetz zur Regelung der Arbeitszeit:

„Für Krankenpflegepersonen ist die 60-Stundenwoche in Aussicht genommen. Den Hausgehilfen soll die 72stündige wöchentliche Arbeitszeit, eventuell noch darüber hinaus beschert werden. Dem Fahr- und Werkstättenpersonal der Verkehrsbetriebe wird mindestens auch eine 66stündige Arbeitszeit pro Woche diktiert werden."

Die Leunadirektion fürchtet die Wahrheit.

Daß auf dem Leunawerk nicht alles so rosig ist, wie es die Direktion den Pressevertretern schilderte, daß so manche Maßnahme der Direktion das Licht der Oeffentlichkeit scheut, zeigt folgender Vorfall:

Der Arbeiter Alfred Bruckhaus hatte im Dezember im Leunawerk die Arbeit niedergelegt, weil er an den Folgen eines im Felde bekommenen Lungenschusses leidet und auf Anordnung des Arztes ein Lazarett aufsuchen mußte. Als im März das Werk geschlossen wurde, bekam auch er seine Papiere nach dem Krankenhaus zugesandt. Vor 6 Wochen, als er wiederhergestellt war, suchte er um Beschäftigung auf dem Leunawerk nach. Der Landesshauptmann in Merseburg entschied, daß er eingestellt werden müßte. Papiere, Leumundszeugnis, alles war zur Stelle, die Einstellung sollte erfolgen, da verweigert **man plötzlich ohne Angabe von Gründen die Einstellung.** Die Direktion war dahinter gekommen, daß **Alfred Bruckhaus der Bruder des bei der Explosion im Laboratorium schwer verletzten Otto Bruckhaus ist.** Alfred Bruckhaus hat seinen Bruder im Krankenhaus besucht, er wußte, was im Laboratorium vor sich gegangen war, daß nicht nur 2 Mann verletzt, sondern der Meister tot und 6 Mann z. T. schwer verletzt worden waren. Die Direktion fürchtete, daß Alfred Bruckhaus den Arbeitern sagen konnte, daß eine größere Explosion nur durch das tatkräftige Eingreifen einiger Arbeiter verhütet wurde, daß das Leben von Tausenden von Arbeitern an einem Faden hing, denn wenn die Wasserstoffflaschen, die entgegen den Vorschriften im Laboratorium standen, explodiert wären, wäre die Katastrophe unübersehbar gewesen.

Die Direktion fürchtete die Verbreitung der Wahrheit, deshalb wurde Alfred Bruckhaus nicht eingestellt.

Daß der Arbeiter für den Unternehmer nur solange existiert, als er ihn ausbeuten kann, zeigt auch die Leunadirektion. **Am Freitag erfolgte im Laboratorium die Explosion. Endlich am Mittwoch, nach mehrmaligem Drängen, bekamen die Angehörigen der Verletzten den bereits am Freitag fälligen Lohn ausgezahlt.**

Der Arbeiter liegt zerrissen, zerfetzt, im Krankenhaus — wir können ihn nicht mehr gebrauchen, was geht er uns noch an, sagt sich das Kapital.

Gewerkschaftliches.

Die mecklenburgischen Gewerkschaften gegen den Kartoffelwucher.

Die mecklenburgischen Gewerkschaften veröffentlichen nachstehenden Aufruf:

„An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft Mecklenburgs.

Genossen! Die Zeit, in der sich die mecklenburgische Bevölkerung sonst alljährlich mit Winterkartoffeln eindeckt, ist herangerückt. Trotz der sehr guten Ernte in Mecklenburg ist ein fester Preis im Augenblick nicht zu erreichen. Die Preise schwanken in den verschiedenen Orten zwischen 40 bis 50 Mk. pro Zentner, teilweise für recht minderwertige Ware. Wir haben nun festgestellt, **daß ganze Züge mit Kartoffeln zu jedem Preis aus Mecklenburg bis zur deutschen Grenze** gehen und es besteht die Befürchtung, daß **auch die Grenze** infolge unseres tiefstehenden Geldes **überschritten** wird. Dieser Zustand muß beseitigt werden.

Wir haben die mecklenburgische Regierung ersucht, eine Besprechung zwischen Erzeugern und Konsumenten herbeizuführen; jedoch ist bis heute noch nichts unternommen.

Eisenbahner! Landarbeiter! **Alle mit dem Kartoffeltransport Beschäftigten!**

Wir fordern Euch deshalb auf, jegliche Ausfuhr von Kartoffeln aus Mecklenburg durch Verweigerung der Arbeit zu verhindern, bis hier in Mecklenburg auch eine Preisregulierung erfolgt ist!

Helft uns hierbei, damit wir endlich den Anfang zu geregelten Verhältnissen bekommen. Der Wucher muß aufhören!

Die Lohnerhöhungen allein können uns nicht mehr weiterhelfen!

Verhindert also jegliche Ausfuhr von Kartoffeln aus Mecklenburg solange, bis für uns geregelte Zustände bestehen.

Warten weitere Nachricht ab.

mit gewerkschaftlichem Gruß.

Allgem. freier Angestelltenbund (Afa), Rostock, Hans Kleiner.

Die Landeskommission der Gewerkschaften Mecklenburgs.
August Lettow."

Die immer noch steigende Verelendung der Arbeiterschaft bringt auch die gegenwärtigen Gewerkschaftsinstanzen in Bewegung. Aus der Not und aus der Bedrückung, die die fortgesetzte Teuerung und der Zusammenbruch der Wirtschaft für das Proletariat mit sich bringen, wissen auch sie keinen anderen Ausweg, als daß sie die Kräfte des Proletariats unmittelbar auf den Plan rufen, als daß sie sich an die Arbeiterklasse wenden und sie auffordern, unmittelbar ohne „Vermittlungen" sich rücksichtslos für ihre eigenen Interessen einzusetzen. In diesem Sinne begrüßen wir den Aufruf der mecklenburgischen Gewerkschaften und sehen in ihm einen guten Schritt vorwärts.

Wir können aber nicht verhehlen, daß wir in dem Schritt, den die Gewerkschaften in diesem besonderen Falle eingeschlagen haben, gewisse Gefahren erblicken. Die Frage der Lebensmittelbewirtschaftung der Arbeiterschaft und des Lebensmittelwuchers ist keine mecklenburgische Angelegenheit, sondern eine Aufgabe, die nur das deutsche Proletariat in seiner Gesamtheit lösen kann. Gibt es doch in Deutschland eine große Reihe landwirtschaftlich schwacher Industriebezirke. Die Arbeiterschaft kann in diesem Fall ihre Interessen nur wahren, wenn die Gewerkschaften sie nicht auffordern, die Transporte zu verhindern, sondern wenn sie ihre Mitglieder und die gesamte Arbeiterschaft zur Kontrolle der Transporte, der Bestimmungsorte usw. auffordern und vor allen Dingen eine Kontrolle der Preisfestsetzung und Produktenverteilung durch die Arbeiterschaft herbeizuführen bestrebt sind.

Der Hauptbeamtenrat der Reichseisenbahnen.

Das amtliche Wahlresultat stellt insgesamt 869 304 gültige Stimmen fest. Davon entfallen auf die Listen:

Deutscher Eisenbahner-Verband	61 268	Stimmen
Allgemeiner Eisenbahner-Verband	2 957	„
Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner	74 317	„
Reichsgewerkschaft	220 803	„

Von den 17 Mitgliedern des Hauptbeamtenrates entfallen auf die RG. 11, den DEV. und die GDE. je 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211008-11/fragment/page=0002

Oppau, Leuna und die Gefahren der chemischen Industrie.

Der Preußische Landtag bewilligt auf Veranlassung der Kommunisten den Oppauer-Opfern 6 Millionen Mark.

Im hastigen Getriebe seiner anarchischen, nur auf die Profitsteigerung eingestellten Produktionsmethode opfert der Kapitalismus ohne Bedenken jahraus, jahrein Tausende von Menschenleben. Wenn sie gefallen, hört man nichts als salbungsvolle Worte von „Teilnahme an dem Mißgeschick". Allenfalls werden noch die Bettelfeste geschwungen. So war es auch jetzt wieder nach der gewaltigen Katastrophe von Oppau. Nachdem sich die erste Erregung mit dem Einsturzen der 500 Opfer gelegt hat, denkt kein Mensch mehr an die Riesengefahren, die den Arbeitern der chemischen Industrie täglich und stündlich drohen.

Von preußischer Seite aus hatte man den Hinterbliebenen von Oppau, die meist bayrische und badische Staatsangehörige sind, auch nur Teilnahme in Worten übermittelt. Die Stegerwald-Regierung braucht das Geld für polizeilich-militaristische Rüstungen gegen die Revolution. Man hätte erwarten dürfen, daß sie die erste Gelegenheit benutzen würde, um praktische Hilfe für Oppau zu leisten. Sie hat bei der fortgesetzten Beratung des Haushaltsetats im Landtage ebenso darauf verzichtet, wie die bürgerlich kapitalistischen und sozialistischen Parteien. Den Kommunisten blieb es vorbehalten, die menschliche Solidarität mit den schwergetroffenen Opfern der Katastrophe von Oppau praktisch zu gestalten, indem unsere Fraktion den Antrag stellte, 5 Millionen Mark einem Arbeiterhilfskomitee zur Verfügung zu stellen. Nachdem die Sinnesfront dieses Antrag am Donnerstag von der Beratung ausgeschlossen hatte, mußte er am Freitag dennoch verhandelt werden. Vergründend sprach für die kommunistische Fraktion der Genosse Geschke. Er redete nicht nur über Oppau, sondern auch allgemein über die Gefahren der Arbeit in den chemischen Großbetrieben, insbesondere über die Antreibermethoden, die in Leuna und anderswo üblich sind und die von kapitalistischer Seite noch immer gesteigert werden sollen ohne Rücksicht auf die Gefahren für die Arbeiter. Wir bringen die Rede, da sie in unserem Bezirk mit seiner ausgedehnten chemischen Großindustrie besonders interessieren dürfte, in einem ausführlichen Auszuge.

Das Ergebnis des Antrages der kommunistischen Fraktion war die Bewilligung von 6 Millionen Mark.

*

Abg. Geschke (Kommunist):

Allgemein konnten wir nach dem Oppauer Unglück hören, daß den Toten unsere Trauer, den Hinterbliebenen unser Mitgefühl sicher ist. Deshalb war es um so eigenartiger, daß Sie gestern so widerstrebend, so formell sich stellten gegenüber unserer Forderung, diesen Antrag mit auf die gestrige Tagesordnung zu setzen. Wenn wir dem auf den Grund gehen: weshalb so spröde, weshalb so widerwillig — so zeigen uns die Untersuchungen nicht nur im Falle Oppau, sondern auch die Ereignisse überall in der chemischen Industrie Weg und Ursachen. Die Opfer von Oppau sind nicht im Dienste der Allgemeinheit gefallen, sondern im Dienste des Kapitals. Sie drängten bereits im Kriege auf Einführung des Akkord- und Prämiensystems und sie drängen noch heute darauf, um den Profit zu steigern. Sie erklären im Kriege, daß die Arbeiter im Dienste des Vaterlandes alle ihre Kräfte zur Verfügung stellen müßten, sie erklären im Frieden, daß die Arbeiterschaft im Dienste der Allgemeinheit, zum Aufbau der deutschen Volkswirtschaft, ihr Ganzes hergeben müssen. Sie erklären das immer und immer wieder, nur um der Steigerung ihrer Profitrate willen, während die Arbeiter trotz aller Lohnkämpfe mit Mühe und Not sich durchs Leben schlagen.

Gerade die chemischen Unternehmungen haben in den letzten Jahren

Dividenden über Dividenden ausgeschüttet.

Die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation hat bei einem Kapital von 88 Millionen Mark 1920 20 Prozent Dividende verteilt gegen nur 12 Prozent 1918. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre hat sie 20 Prozent Dividende gegeben. Die Badischen Anilin- und Sodafabriken, die mit einem Aktienkapital von 252 Millionen Mark arbeiten, zahlten 1920 ebenfalls 20 Prozent Dividende, 1919 nur 18 Prozent, 1918 aber 28 Prozent. Bayer & Co. schüttete bei einem Aktienkapital von 252 Millionen Mark 1919 18 Prozent, 1918 12 Prozent Dividende aus. Meister, Lucius & Brüning, die ebenfalls mit einem Aktienkapital von 252 Millionen arbeiten, geben 1919 14 Prozent Dividende; sehen wir uns aber die Dividendenzahlen der letzten 10 Jahre an, so kommt ein Durchschnitt von 30 Prozent heraus. Bei der Griesheim-Elektron kamen bei einem Aktienkapital von 68 Millionen 1919 12 Prozent Dividende zur Verteilung. 1916 16 plus 6 Prozent, im Durchschnitt 14 Prozent. Die Köln-Rottweiler Pulverfabriken schütteten bei einem Aktienkapital von 66 Millionen 1920 15 Prozent Dividende aus. Die Rheinisch-Westfälische Sprengstoffabrik mit einem Aktienkapital von 26 Millionen konnte 1920 12,8 Prozent Dividende zahlen. Diese Gewinne zeigen uns, aus welchem Grunde das Akkord- und Prämiensystem eingeführt werden muß, sie zeigen uns, aus welchem Grunde der „Luxus des Achtstundentages" in der chemischen Industrie von der Arbeiterschaft nicht eingehalten werden darf: weil die Profite den Unternehmern nicht genügen, weil diese Profite ins Ungeheuerliche gesteigert werden sollen.

Als dem Unglück, aus der Oppauer und den früheren Explosionskatastrophen haben Sie, die Sie hier in ihren Fraktionen als die Vertreter der kapitalistischen Interessen sitzen, keine einzige Lehre gezogen. (Sehr richtig! bei den Komm.) Ein Angehöriger Ihrer Klasse, der Direktor Bosch, hat noch an den Gräbern in Oppau erklärt: „Die neuen Aufgaben, vor die wir gestellt sind, sind schwer und gefahrvoll, aber sie müssen erfüllt werden." Jawohl, meine Damen und Herren, sie müssen erfüllt werden; aber sie dürfen erst erfüllt werden nach sorgsamer Prüfung des Materials, nach sorgsamer Prüfung all dessen, was zum Arbeiterschutz gehört, erst dann, wenn alle diejenigen, die als Techniker oder Wissenschaftler zu der Bearbeitung des Materials die theoretischen Anweisungen geben, sich über das Material selbst klar geworden sind. Es darf nicht vorkommen, daß bei der Bearbeitung dieses Materials

Rekordversuche vorgenommen

werden, wie es bis zur Katastrophe in Oppau geschah. Rücksicht muß es das sein, daß — die Masse, die in Oppau gewonnen oder bearbeitet werden sollte, mit Picken und Schaufeln von den großen Blöcken losgelöst. Diese Arbeitsmethode erforderte aber zu viele Arbeitskräfte, und der Profit vertrug sie nicht. Deshalb kam später eine Reißmaschine zur Anwendung. Aber auch die Förderung mit dieser Reißmaschine warf nicht den genügenden Profit ab, und so ging man schließlich zu den Sprengungen über. Diese erfolgten zuerst in wenigen Löchern, die in die Blöcke gebohrt und in denen dann gesprengt wurde. Allmählich steigerte man die Zahl der Bohrlöcher bis auf 40 in der Arbeitsstunde. An dem Unglückstage hatte die Bohrschicht über 300 Löcher hergestellt; nach Beendigung der Nachtschicht hat dann die folgende Schicht am nächsten Morgen die Sprengung vorgenommen. Nun war der Aufseher Bucke, der während der Unglücksschicht an der Arbeit war, in dem ganzen Werk als einer der schlimmsten Antreiber bekannt. Ausgerechnet dieser Mann war für diesen gefährlichen Betrieb ausersehen. Außerdem haben die Arbeiter festgestellt, daß wiederholt davon die Rede gewesen ist, es sollte, um die Sprengungen wirksamer zu machen, mit einem stärkeren Sprengstoff gearbeitet werden. Es liegt die Vermutung nahe, daß bei der Sprengung an dem Unglücksmorgen mit einem andern Sprengstoff vorgegangen ist, eine Vermutung, die sich mit den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Brey deckt, der darlegte, daß der betreffende Aufseher schon vorher erklärt habe, „daß man dieser Sprengung ganz besondere Beachtung schenken müsse und daß man dazu mit photographischen Apparaten erscheinen möge". So zeigt uns dieses bisher nicht bestrittene und nicht widerlegte Schilderung der Oppauer Arbeiterschaft, mit welcher Rücksichtslosigkeit, welcher Gewissenlosigkeit von der Unternehmerschaft gearbeitet wurde.

Auf dem deutschnationalen Parteitag hat Dr. Helfferich eine Rede gehalten, in der er besonders gegen den Achtstundentag vom Leder zog, als er sagte: „Noch verhängnisvoller ist das Versagen des Arbeitswillens, den die Eisenbahnverwaltung z. B. feststellt," — der aber nach dem Ermessen des Herrn Helfferich noch lange nicht groß genug ist — „eine Erscheinung, die wir vor allen Dingen der sozialistischen Hetze zu verdanken haben. Jede wahre Kultur," sagt Herr Helfferich, „geht dahin, die Arbeit aus einem Zwang zu einer Pflicht und zu einem Segen zu machen." Nun, die Arbeit, die in Oppau geleistet wurde, wird unter den Bedingungen nicht zu einem Segen, höchstens

zu einem Todessegen für die Arbeiter,

(sehr richtig! links) und wir werden noch bemerken können, wie die Arbeiter versuchen, diesem Todessegen der kapitalistischen Gesellschaft aus dem Wege zu gehen. Deshalb sagt Herr Helfferich: „Die Hetze, die von den Linksparteien geleistet wurde, die die Arbeit bei breiten Schichten unseres Volkes inhibiert, sie ist durch die wahnsinnige Uebertreibung der schematischen Anwendung des Achtstundentages gefesselt. Sie wird immer noch durch unzweckmäßige Maßnahmen weiter gefesselt." Herr Helfferich sagt dem Achtstundentag den Kampf an, weil sich die Profitrate nicht genügend steigert, wenn die Arbeiter sich nicht länger mehr an den Arbeitsplatz fesseln lassen. Je länger aber die Arbeitszeit ist — das sollte einem jeden einzelnen Unternehmer ebenso klar sein, wie es jedem einzelnen Arbeiter auch klar ist — desto eher setzt die Gleichgültigkeit, die Unaufmerksamkeit gegenüber den Gefahren ein, die dem einzelnen im Produktionsprozeß drohen. Diesen Gefahren, die sich überall auftürmen, wird von der Unternehmerseite und den Berufsorganisationen nicht die genügende Obacht geschenkt. Wir können feststellen, daß in den Sprengstoff-, Stickstoff- und Anilinfabriken und anderen chemischen Betrieben sich der Arbeiterschaft wegen der übersangen Arbeitszeit eine große Erregung bemächtigt hat. Wenn ein Arbeiter in der chemischen Industrie 80 bis 90 Stunden statt 48 Stunden in der Woche leisten muß, dann ist er so abgearbeitet, daß er gegenüber den Gefahren, die ihm bei seinem Arbeitsprozeß drohen, abstumpft wird, und um so leichter ein Opfer seines Berufes wird. In dieser Gefahr durch die zu lange Arbeitszeit kommt noch das Prämiensystem, jenes System, das auch in Oppau in Geltung war. Dort war das Akkordsystem und das Antreibersystem so mustergiltig ausgebaut, daß sogar vom Leunawerke Ingenieure nach Oppau geschickt wurden, damit sie an diesem Prämien- und Antreibersystem gewissermaßen „Schule" machen sollten. Also hier haben wir einen Abbau des Akkordsystems, des Prämiensystems, das die Arbeiterschaft zwingt, noch mehr Arbeit zu leisten, wenn sie nicht ganz und gar verelenden und dem Hungertode preisgegeben sein will. Ein altes Wort, das oft im Bereiche ventiliert worden ist, und das von SPD. oder USPD. oder KPD. noch heute als richtig anerkannt werden muß, ist das Wort: Akkord ist Mord. Jeder Einzelne weiß, was dabei herauskommt, wenn man im Akkord arbeiten muß, wenn man schnellere Arbeit leisten muß; dann wird man und kann nicht so aufmerksam gegenüber der Maschine und gegenüber dem Material sein. Dieses Prämiensystem Oppau-Ludwigshafen ist das Musterprämiensystem für alle übrigen Betriebe in der chemischen Industrie geworden. Dazu kommt noch das

Antreibersystem, das in Leuna schon gute Schule gemacht

hat, das dem einzelnen Arbeiter nicht nur eine ihm sonst bestimmt zugewiesene Arbeit auftrug, sondern ihn auch noch verpflichtete, andere Arbeiten mit auszuführen. Wenn die bürgerliche Presse mit den Nachrichten des Wolffschen Telegraphenbureaus bauernd bedeutet, daß die Arbeitsverhältnisse in Leuna und in der chemischen Industrie direkt vorbildlich seien werden, und das in einem Augenblick, in dem sich die Arbeiterschaft gegen Antreiber- und Prämiensystem, gegen die Durchbrechung des Achtstundentages empört, so merkt man die Absicht.

Nachdem sich Leuna, Oppau als Vorbild gekommen hat, werden nicht einmal die Vorschriften der Berufsgenossenschaft befolgt, nach denen für jede Maschine, besonders für die Gaskompressoren, je ein Mann zur Bedienung vorhanden sein muß. Die Belegschaften verlangen, daß für jede Maschine ein Mann zur Verfügung gestellt wird. Die Maschinisten und Heizer weigern sich, neben dieser Maschinenaufsicht noch Schrubberdienste zu leisten. Da verkündet der Betriebsrat Daniel, eine besondere Art als Betriebsrat:

„Sollte die Belegschaft der Gaskompressoren auf ihrem Standpunkte stehen bleiben, dann legt die Werksleitung das ganze Werk still."

Wie in Leuna mit äußerster Fahrlässigkeit gearbeitet wird, können wir nach der Seite feststellen, daß beim Schichtwechsel ein Mechanist die Maschinensteuerung der Ablösung mit den Worten übergibt, daß nicht mehr als 80 Umdrehungen zu führen sind, da bei schnellerem Gang die Ventile herausspringen würden, daß aber der hinzukommende Obermaschinist erklärt, die Maschine müsse unbedingt auf 90 Umdrehungen gebracht werden. Wie in Leuna alle Tage fahrlässig hantiert wurde, geschah es auch in Oppau, wo nicht nur ein Druck von 200 Atmosphären vorhanden war, sondern dieser Druck systematisch bis auf 1000 Atmosphären gesteigert werden sollte.

Was in Oppau vorsichgegangen ist, ist aber für die Unternehmer keine Lehre geworden. Es wird absolut nicht darüber nachgedacht, welches wohl die eigentlichen Ursachen des Explosionsunglücks in Oppau sind. Könnte es sonst vorkommen, daß, nachdem sogar der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nach dem Oppauer Unglück auf die ungeheuren Schäden hinwies, die noch bei der chemischen Industrie ganz besonders bestehen, die unsere Gesetzgebung heute noch zuläßt, heute frecher denn je die kapitalistischen Organisationen die Ausbeutung der Arbeiterschaft und die Durchbrechung des Achtstundentages vollziehen! Am 3. Oktober prangte im Leunawerk folgende Bekanntmachung:

„Infolge Arbeitermangel wird bis auf weiteres ab Sonnabend, den 8. Oktober 1921, die 56-Stundenwoche wieder eingeführt.

(Lebhaftes: Hört, hört! b. d. Komm.) Kein Wort hat die Werksleitung oder **der Betriebsrat** den Arbeitern vorher gesagt, auch nicht jener famose Geter Daniel. Die überwiegende Mehrzahl der im Leunawerk beschäftigten Arbeiter ist aber dort nicht zu Haus, sondern hat noch mehrere Stunden Weg oder Eisenbahnfahrt bis zum Arbeitsplatz zurückzulegen. Und so kann man ruhig sagen, daß statt des achtstündigen Arbeitstages die Arbeiter im Leunawerk 12 bis 14 Stunden unterwegs sind. Und warum muß länger gearbeitet, warum soll die Arbeitszeit verlängert werden?

Infolge Arbeitermangel!!

Wie kommt es, daß Arbeitermangel ausgerechnet im Leunawerk vorhanden ist. Arbeitermangel in einer Zeit, wo wir über 400 000 Arbeitslose auf dem Straßenpflaster liegen haben? Wenn wir uns die Oppauer Katastrophe vor Augen hatten und weiter vergegenwärtigen, daß am vergangenen Sonnabend im Leunawerk 530 Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben, so müssen wir uns fragen, aus welchem Grunde sie das getan haben. Etwa, weil die Arbeit, wie Herr Helfferich sagt, zu einem Segen für sie geworden ist? Oder, wie die Direktion und Hörsing sagt, weil die Arbeiter vor den kommunistischen Hetzern Ruhe haben wollen? Die Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt, weil die Gesichte für ihr Leben im Leunawerk schon ins Riesenhafte gesteigert ist, weil alle die Forderungen, die im Interesse der Arbeiterschaft gestellt worden sind, von der Unternehmerschaft glattweg in den Wind geschlagen werden.

Auf die ungeheuren Gefahren des Akkord- und Prämiensystems ist in der Presse von unserer Seite und von den Berufsorganisationen längst genügend hingewiesen worden. Am 23. August, lange vor der Oppauer Katastrophe, drangen die Vertrauensleute des Leunawerks auf die Abschaffung der Akkord- und Prämienarbeit und der Ueberstunden, und heute kommt die Direktion und dictiert, statt der 48-Stundenwoche die 56-Stundenwoche! Als von den Gewerkschaftsvertretern der Nachweis geführt wurde, daß nicht nur Ueberstunden, sondern Sonntagsarbeit von den Arbeitern verlangt wurde, da wurde in der Sitzung festgestellt, daß

die Direktion im engsten Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde

handelt, mit derselben Aufsichtsbehörde, die im Reichstag ihr tiefstes Bedauern und innigstes Mitgefühl mit den Opfern der Oppauer Explosionskatastrophe ausdrückte. O, diese Heuchelei!

Wenn die Arbeiterschaft dennoch zu großen Teilen in solchen Betrieben arbeitet, dann aus dem Grunde, weil sie gezwungen ist zu fronen für die kapitalistische Gesellschaft. Wenn Sie sagen, die Arbeitnehmer hätten ihre Interessenvertreter in den Betriebsräten, und die Rechte der Betriebsräte sind in der Verfassung verankert, so können wir einwandfrei nachweisen, daß die Aufgaben und Befugnisse der Betriebsräte, wie sie in der Verfassung verankert sind im Betriebsrätegesetz festgelegt sind, von den Unternehmern sabotiert werden. Nach § 66 Abs. 8 des Betriebsrätegesetzes hat der Betriebsrat die Aufgabe, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuweisen. Wenn aber der Betriebsrat von dieser seiner Aufgabe Gebrauch macht, dann wird er glattweg von dem Unternehmer als störischer, unruhestiftender, hetzender Kommunist an die Luft gesetzt. Die Unternehmer machen sich Bequemlichkeit, die ihnen nimmermehr zustehen und niemand hindert sie daran.

Wenn wir jetzt auf das zurückblicken, was in Oppau vorgegangen ist, wenn wir uns der ungeheuren Tragweite der Katastrophe bewußt werden, dann stellen wir mit aller Energie die Forderung, die schon im Reichstag erhoben wurde, daß die

Unfallverhütungsvorschriften einer grundsätzlichen und gründlichen Nachprüfung unterzogen werden

müssen und daß die Sach- und Leibschäden die sofortige Inangriffnahme einer Reform des geltenden Rechts notwendig machen, insbesondere der Unfallversicherung.

Ich muß noch darauf hinweisen, daß es auch Vertreter von Arbeiterorganisationen gibt, die erklären, daß mehr Arbeit durch längere Arbeitszeit geleistet werden muß, daß an dem schematischen Achtstundentage nicht festgehalten werden darf, daß der Achtstundentag zu auffassen ist, daß er nach oben hin auf neun und zehn Stunden abgerundet werden kann. Ich erinnere die Kollegen von der sozialdemokratischen Fraktion an ihren famosen Biedermann und die übrigen Arbeiter, die Sie an die Spitze der Arbeiterorganisationen gestellt haben, und die dennoch immer und immer wieder erklären: Mehrarbeit, hinweg mit dem schematischen Achtstundentag! Also Einheitsfront zwischen Biedermann, Graßmann und Klöcher von der Lothringer Hütten- und Bergwerks-Aktiengesellschaft — diese Einheitsfront werden die Arbeiter draußen in den Betrieben wohl nicht verstehen! Die Arbeiter werden — das ist gewiß — diese Arbeitsgemeinschaft zerschlagen. Sie verstehen nicht, wenn der „Vorwärts" schreibt: sie werden zu Stimmen auftreten als zum Wegbereiter des Sozialismus. Wenn dem Sozialismus auf dem Wege der Durchbrechung des Achtstundentages, der Einführung des Akkord- und Prämiensystems, der Verbesserung der Antreibermethoden die Bahn bereitet werden soll, dann kann ich Ihnen nur erklären, daß die Arbeiterschaft für solche Wegbereiter kein Verständnis aufbringen, sondern sie zum Teufel jagen wird. (Sehr richtig! bei den Komm.)

Wir haben in unserem Antrage, der Ihnen auf Nr. 1148 der Drucksachen vorliegt, die Forderung gestellt, daß der Landtag Mittel zur Verfügung stellen möge, um der Oppauer Arbeiterschaft in der ungeheuren Not zu helfen, in die sie durch die Katastrophe gekommen ist. Die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden sollen, können aus dem Etat des Ministeriums des Innern, besonders aus den Ausgaben für die Schupo entnommen werden. Dort sind allein

für Waffen, Nahkampfmittel, Munition und dergleichen 211 Millionen angefordert.

(Hört, hört!)

Bei diesem Anlaß muß auch darauf hingewiesen werden, daß die, sozialdemokratische Reichstagsfraktion, als die kommunistische Fraktion beantragte, zur Untersuchung des Unglücks in Oppau Sachverständige, Wissenschaftler und Techniker, ferner Beschäftigte des Industriezweiges, Arbeiter und Angestellte hinzuzuziehen. Arm in Arm mit bürgerlichen Parteien verhindern zu haben, daß die Schuld des Anilinkapitals erbarmungslos aufgedeckt und ausgeprangert werden konnte. Wir müssen das auch hier feststellen. Die Rechtssozialisten tragen vor der ganzen Welt die volle Verantwortung dafür, wenn bei dem Oppauer Unglück nicht die Explosionsursache, nicht die Schuld des Chemiekapitals festgestellt worden ist, und wenn keine Schutzmaßnahmen für das Leben der Proletarier in der chemischen Industrie geschaffen werden.

Die ungeheuren Opfer, die von der Arbeiterschaft im Dienste des Kapitals gebracht wurden, werden der Arbeiterschaft die eine Lehre einhämmern, daß sie nimmermehr als Arbeiterklasse verlorenen kann Wohlstätigkeit, der Nächstenliebe der kapitalistischen Gesellschaft, sie werden die Arbeiterklasse die Tatsache lehren, daß sie nur frei werden kann von allen Unterdrückungen und Gefahren, von aller Not und von allem Elend durch die energische Führung des Klassenkampfes. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Die Arbeiter werden sich darüber klar sein, daß sie nur in hartem, zähem, unerbittlichem Ringen mit der kapitalistischen Gesellschaft sich die Rechte erobern können, auf die sie Anspruch haben. Wir werden dabei hintansetzen müssen jede Gefühlsduselei. Denn auch Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, geben ja zu, daß in den Novembertagen 1918 von der Arbeiterschaft nur halbe Arbeit geleistet worden ist. Die Arbeiterschaft wird, wenn sie jetzt wieder zu dem Tanze anireten wird, weil sie durch die Verhältnisse gezwungen, antreten muß, wird Ihnen, meine Herren von der rechten Seite, zu dem Tanze aufspielen, daß Ihnen Hören und Sehen vergeht. Alle Ihre Provokationen, alle Ihre Mißachtung der Gesetze im Interesse des Profits, all' Ihre Unmenschlichkeit werden die Arbeiter zusammenschweißen zu hartem, energischem, zähem Kampf! (Bravo! b. d. Komm.)

Bergarbeiterlos.

Lebendig begraben. — Zerrissen. — Schädel eingedrückt. — Brust durchbohrt.

Auf der Zeche „Viktoria Matthias", Schacht Gustav, wurden zwei Hauer durch herabfallende Gesteinsmassen 48 Stunden lang verschüttet. Den unentwegten Rettungsarbeitern der Kameraden gelang die Rettung nach zwei Tagen und zwei Nächten.

Auf der Zeche Hermann 1/2 geriet der Bergmann Max Scheffel zwischen Förderkorb und Tür. Er wurde von dem hochgehenden Korb zerrissen. — Dem Bergmann Franz Naegele wurde im Bremsberg von einem beladenen Förderwagen, der über ihn hinwegging, der Schädel eingedrückt. Der Bergmann Hans Koch erlitt dadurch lebensgefährliche Verletzungen, daß ihm ein herabfallendes Schießeisen die Brust durchbohrte.

So vergeht kein Tag, an dem nicht mindestens einige Bergarbeiter ihrem Berufe zum Opfer fallen. Anstatt die besonders gefährliche Arbeit in der Grube durch vollkommene technische und sanitäre Einrichtungen, ferner durch Festlegung einer Arbeitszeit, die eine Ueberwindung ausschließt (dadurch entsteht ein großer Teil der Unfälle), nicht noch gefahrvoller zu gestalten, versucht das Grubenkapital jetzt wieder mit allem Nachdruck die Schicht auf acht Stunden zu verlängern.

Arbeiter, sichert Euer Leben!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schneider; für Anzeigen Fritz Krod; Verlag: Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., für den Bezirk Halle-Merseburg. Verlag Klassenkampf, Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211008-11/fragment/page=0003

Wissen ist Macht!

Georg Cleinow

spricht am **Montag**, den **10. Oktober**, im **gr. Saal der „Saalschloßbrauerei“**, abends 8 Uhr, über:

Neue Aufgaben der Bürger und Arbeiter.

(Bourgeoisie und Proletariat).

Jede denkende Frau, jeder Mann — Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende — hat das größte Interesse daran, sich über das Thema zu unterrichten.

Eintritt frei! 3500 Freie Aussprache!

C.T

Gr. Ulrichstraße 51

Täglich! Erstaufführung!

Das glänzende

Doppel-Programm!

Der erwartete **2. Teil** des gewaltigen Abenteurer-Sensationsfilms: 3545

Der Silberkönig „Der Mann der Tat“

5 Akte

In den Hauptrollen: Die beiden sympathischen Darsteller

Bruno Kastner und Fritz Schulz.

Außerdem: Das imposante Filmschauspiel

Das Glück der Irren

oder: **Die Tochter der Dirne.**

Ein Sitten- und Lebensbild von äußerst erschütternder und tiefergreifender Handlung.

5 Akte

Beginn: 4.00 6.15 8.30. Sonntags: 3.00 4.50 6.45 8.30.

Holz-Pantoffeln, Pantoffel-Hölzer

nur prima Waare

liefert billigst

Otto Fricke, Pantoffel-Fabrik,

nur Kleine Ulrichstraße 9 (Hof). 3544

Glühkörper

Pa. Qualität

1 Stck. 4,— Mk.
12 Stck. 45,— Mk.

Wiederverkäufer Rabatt.

Dauerwäsche-Vertrieb,
Kl. Berlin 7, 1 Treppe.
Etag. Sternstr. 3548

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Barflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unt. Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8—14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.

F. Müller, Heilkundiger, **Bremen,** *1227
Gr. Krummenstr. 23. Sprechtd.: 9—10 u. 3—4 Uhr.

Gummiwaren-Versand.

Liste Nr. 9 einfordern.

E. Kertzscher,
Leipziger Str.
(Kölle Poststr.). 1239

Transportgurte,

gebraucht, für Pantoffelfabrikation sowie auch **Lederklappen**

von gebrauchten Säuteln, in großen Mengen, verkauft preiswert *1231

Sternlicht, Alter Markt 11, Tel. 1388.

In der **Talamtschule u. Hermannschule** Schnittzeichnen, Zuschneide- und Näh-Unterricht für Hausbedarf und Beruf. Anmeldung u. Auskunft 5—6 1244 Glauchaerstr. Str. 69, III

U.T

Leipziger Strasse 88. Fernruf 1224

Justitia, die stärkste Frau der Welt!

Sensationeller ausländisch. Abenteurer-Film in 6 Akt.

Vorführung: 4.30, 6.40, 9.00

Professor Rehbein entführt seine Braut

Lustspiel mit Leo Peukert.

Die sensationelle Aktualität

Die großen Berliner Automobil-Rennen.

Alleiniges Aufführungsrecht der Ufa.

Beginn: Sonntags **3** Uhr, wochentags **4** Uhr.

Alte Promenade 11a. Fernruf 5738.

Die Schrecken der weißen Hölle!

Drama aus Alaskas Schneefeldern in 5 Akten.

Vorführung: 4.50, 7.00, 9.20

Der Kampf um die Heimat!

Ein erschütterndes Dokument deutscher Not in Oberschlesien.

2 Akte.

Vorführung: 4.10, 6.20, 8.30.

Die neuesten Wochenberichte

Beginn: Sonntags **3** Uhr, wochentags **4** Uhr.

Morgen, Sonntag! Oppauer Hilfs-Sonntag!
An diesem Tage wird von jeder verkauften Eintrittskarte ein bestimmter Betrag dem Reichskomitee für das Hilfswerk Oppau überwiesen.
Keine erhöhten Eintrittspreise!

3552

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Kirchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 25463. Otto Fiedler, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen

Ortsverein Halle.

Bureau: Kirchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Distrikt 6. Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 Uhr: Zusammenkunft aller Funktionäre (Zehnerschaftsführer, Hundertschaftsführer usw.).

Distrikt 18. Sonntag früh 9 Uhr, im „Volkspark“ Sitzung aller Hundertschafts- und Zehnerschaftsführer. Die Abrechnung hat bis Sonntag vormittag zu erfolgen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Bureau: Halle, Kirchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Gerbstedt. Sonntag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Kitzmann. Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Sangerhausen.

Sangerhausen. Sonntag, den 9. Oktober, früh 9 Uhr, im Lokal „Bierhalle“: **Frauen-Unterbezirkskonferenz.** In Anbetracht der Wichtigkeit der Frauenbewegung ist es Pflicht der Ortsgruppenvorstände, daß an der Unterbezirkskonferenz jede Ortsgruppe mindestens mit einer Genossin vertreten sein muß.

Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags ½2 Uhr, im Saale der „Bierhalle“: **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: „Die Wahrheit über die Märzaktion“. Bericht vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Referent: Genosse Kilian, Halle.

Walhalla

Lichtspiel-Theater

Täglich:

Der grosse Erfolg!

Miss Venus

Grosse Ausstattungsfilm-Operette

In 6 Akten.

Stürmische Heiterkeit!
Unbeschreiblicher Applaus!

Uebertrifft ganz bedeutend „Das Russverbot“.

Persönliche Mitwirkung von 5 erstklassigen Künstlern.

Vorführung wochentags 4.50 8.15 Uhr.
„ Sonntags 3.15 5.45 8.15 Uhr.

Des allabendlich **grossen Andranges** wegen **sichere man sich Plätze** zur **Nachmittagsvorstellung.**
Einlass nur in den Aktpausen. 3559

Modernes Theater.

Führende Kleinkunstbühne.

Jubiläums-Programm.

Die besten Kunstkräfte von Varieté und Kabarett. 3562

Morgen, Sonntag, ab 10 Uhr:

Gemütlich. Frühschoppen

ff. Wellfleisch u. Pökelknochen

: Musikalische Unterhaltung :

A. Brinkmann, Dessauer-Strasse,

gegenüber der Kaserne. 3541

Große Kirmes

Passendorf. **Drei Lilien.**

Sonntag und Montag, den 9. und 10. Oktober:

Großes Schweine- u. Gänseauskegeln.

Von 3 Uhr an 3550

Ball-Musik.

Es ladet ein **H. Bude.**

Dienstag, den 11. Okt., von **4** Uhr an und **Mittwoch,** den 12 Okt., den **ganzen Tag** ist mein Geschäft 3553

geschlossen.

Sally Biletzky, Halle,

Leipziger Strasse 103, I.

Leinen- und Baumwollwaren

en gros und en détail.

Anzüge

für Herren, Burschen und Knaben.
Herrenstiefel, br. u. schw., **Damenstiefel, Damen-Italienschuhe, Kind.-Stiefel, Kleid.-Stoffe, Herr.-Hemden, Damen-Hemden,**
Möbel — Küchen — Schlafzimmer

auf Teilzahlung.

Leichte Zahlungsbedingungen, die nach Wunsch der Käufer eingerichtet werden.

Paul Sommer,
Leipziger Str. 14, I. u. II. Stock. 3551

Stadttheater.

Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Volksvorstellung:

Hanneles Himmelfahrt.

Abds. 7½, Ende 10¼ Uhr

Die versunkene Glocke.

Musikdrama v. H. Zöllner

Montag: Vorstellung für die **Freie Volksbühne**

Thalia-Theater.

Sonntag, den 9. Oktober, abends 7½ Uhr:

Zwangseinquartierung.

Schwank von Arnold und Bach 3557

Zoo.

Sonntag, den 9. Okt., vorm. 10½ Uhr:
Führung durch den Zoo.
Treffpunkt am Elefantenhause. *1243
Nachm. 3½ bis 6½ Uhr:

Konzert.

Philharm. Orchester.
Leitung:
Obermusikm. K. Steuer.

Alle Sorten

Felle

kauft zu höchsten Preisen

J. Hahn & Co.

Marienstraße 2,
Telephon 5765. 3547

Pelzwaren

steigen fortgesetzt im Preise und trotzdem verkaufe ich noch

Alaskafüchse 750
Rotfüchse .. 375
Schwarze Felze . 185

Die große Mode:

Wolf von Mk **975** an.

Ferner:
Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Skunks, Nerz, Marder, Seal, Persianer, Opossum. 3542

Pelz-Hüte
neueste Formen.

Pelzhaus Rosenberg,
Halle (Saale),
Gr. Ulrichstraße 6/8, Haus Wollmer, 1 Tr.

Mk. 15,00 Fahrtvergütung für auswärtige Kunden bei Einkauf von Mk. 300,00 an.

Reparaturen an Uhren

sowie **Gold- und Silber-Gegenständen** und **Schmucksachen** übernimmt bei solider Ausführg. zu normal. Preisen.

H. Lerner, 1238
Uhren-Reparatur-Werkstatt,
Gr. Steinstrasse 85.
(gegenüb. Barfüßerstr.).

!! Rheumatismus !!

Ueber einfaches unschädl. Mittel (kein Arzneimittel) gebe kostenlos Auskunft.
Frau M. Poloni, *1253
Hannover C. 241, Schließf. 106

Die **Herbstlehrgänge** in der

Welthilfssprache „Esperanto“

beginnen am **Freitag, den 14. Oktober,** 7 Uhr abends, in Zimmer 11 der **Neumarktschule,** Hermannstr. 32, und am **Dienstag, dem 18. Oktober,** 7 Uhr abends, in Zimmer 12 der **Tulmutschule,** Dreyhauptstr. 5. Arbeiter, Männer und Frauen, sowie die Arbeiterjugend werden dazu eingeladen vom

Deutschen Arbeiter-Esperantisten-Bund
Ortsgruppe Halle „Frateco“ 3546

Lumpen

Felle

Eisen — Knochen

kauft zu höchsten Tagespreisen

E. Günther

Graseweg 8.

Telephon 6130. 1246

Papier

Herr A. Röwing in Göttingen schreibt: Meine

Pickel-Mitesser

habe ich durch Schaumanzüge von Obermeyer's Medicinale **beseitigt.** Zur Nachbehandlung ist Herbo-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apoth., Drog. und Parfümerien.

Herbo-Creme

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Arbeitsmarkt

Hausmann,

welcher in der Lage ist, alle vorkommenden Arbeiten (Instandhaltung elektrischer Anlagen) zu erledigen, sowie Nachtdienst mit übernehmen kann, für **baldigen Antritt gesucht.**

Mitglied der KPD. und gewerkschaftlich organisiert Bedingung.

Produktiv-Genossenschaft,
F **Lerchenfeldstraße 14.**

Tücht. Schneiderin

empfiehlt sich in und ausser dem Hause

J. Zwanzig, Trotha, Mötzlicher Straße 11.

Maurer- u. Zimmerleute

für hiesige und auswärtige Baustellen sofort gesucht.

Karl Lingesleben,
Baugeschäft,
Dryanderstraße 34. *1248

Bauarbeiter

— für Baustelle Karlsfeld —

stellt ein 3558

Baubureau, Lessingstr. 31.

Maurer

stellt ein *1244

Poller Peter, IV. Vereinsstr. 4

Zu melden von 6 Uhr an

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211008-11/fragment/page=0004

Bringt Leben in Eure Zeitung.

Von Wilhelm Koenen (Berlin).

„Dieses Kapitel viel, viel, viel ausführlicher, mit praktischen Beispielen und Ratschlägen."

N. Lenin.

So lautet eine kräftig unterstrichene Bemerkung zu dem Kapitel „Ueber die Presse" im Entwurf der Organisationsthesen, der dem Genossen Lenin während des dritten Weltkongresses zur Durchsicht vorlag. Andere führende Genossen schlossen sich diesem nachdrücklichen Wunsche an. Die Befürchtung, gar zu lange und umfangreiche Thesen zu bekomen, wurde daraufhin zurückgestellt. Auf mehreren Druckseiten wurde bis ins einzelne praktisch dargelegt, wie man Arbeiterzeitungen lebend gestaltet, wie kommunistische Blätter zu proletarischen Kampforganisationen werden, wie ihre finanzielle Existenz zu sichern ist und wie „unsere Zeitung" zu einer Massenverbreitung kommt.

Im Referat über das Organisationsthema durfte deshalb mit allem Nachdruck gesagt werden:

„Um die Propaganda für die Presse in den Vordergrund zu schieben, wurde dieses Kapitel bis in alle Einzelheiten aufs klarste durchgearbeitet. Es soll sich nächstes Jahr keine Partei mehr darüber beschweren können, daß sie noch eine niedrige Abonnentenzahl hat, da sie nicht gewußt habe, wie man Zeitungen auf die Höhe bringt. Es wird vor dem nächsten Kongreß keine solche Ausrede gelten, keine Partei wird mehr sagen können, sie hätte nicht gewußt, wie sie ihre Zeitung an die Masse bringen soll."

Was ist nun der Erfolg dieser Hinweise und Bemühungen? An dem Aussehen unserer Blätter hat sich noch gar nichts geändert. Inhaltlich glaubt man hie und da etwas getan zu haben, wenn man gelegentlich einen politischen Brief aus Arbeiterkreisen abdruckt. Es ist fast, als ob ein unbewußtes und deshalb um so stärkeres inneres Widerstreben gegen die gründliche Umgestaltung der bisher üblichen Zeitungsmacherei vorliegt. Denn noch nicht einmal das von dieser Umgestaltung sehr deutlich und praktisch sprechende Kapitel der Thesen des Weltkongresses ist bisher von den Organisationen oder Zeitungen den Parteimitgliedern oder Lesern zur Kenntnis gebracht worden. Und gerade die Arbeiterleser, die jetzt unsere regsten Mitarbeiter werden sollen, müssen doch als erste zunächst erfahren, wie und mit welchem Ziele wir uns die Umgestaltung unserer Zeitungen für sie denken. Auch das Zirkularschreiben der Exekutive, in welchem neuerdings vergängend Genosse Sinowjew nochmals ausführlich die Aenderung des gesamten Charakters unserer Zeitungen sehr konkret und praktisch behandelt, ist, abgesehen von ganz wenigen Blättern — noch nicht einmal abgedruckt, geschweige denn durch Taten beachtet worden. Weder die Redaktionen, noch die Organisationsleitungen haben hierfür auch nur das Dringlichste und Notwendigste unternommen.

Wie sollen wir uns diese Hemmungen, dieses Zögern, dieses unbewußte Widerstreben erklären?

Von der Notwendigkeit der Umgestaltung unserer Zeitungen zu proletarischen Arbeitsgemeinschaften, zu ureigenen Kampforganisationen für die Arbeiter, ist sich doch wohl jeder Kommunist klar. Dieses Neue, das es um jeden Preis zur schaffen gilt, scheiterte bisher — so will es uns scheinen — noch an der zu tief eingewurzelten Tradition der bürgerlich-sozialdemokratischen Zeitungsmacherei, aus deren so glatt eingefahrenen Geleisen nur sehr schwer herauszukommen ist. Noch immer ist die flotte und kräftig gewürzte Polemik der beliebteste Hauptsport der Journalisten; noch immer freut sich auch bei uns der eine, daß er das noch besser kann als der andere. Noch immer läßt man sich gern dazu verführen, in den Gefilden der sensationellen hohen und höchsten Politik zu wandeln. Noch immer gilt es als vornehmste Journalistenpflicht, an der durch Tradition bestimmten Stelle den „üblichen" meist länglichen Leitartikel über mancherlei gelehrte Sachen zu bringen. Noch immer bringt, statt die sozialen und machtpolitischen Kernpunkte herauszuschälen, die übernommene Art der Berichterstattung den gewohnten Brei von Allgemeinheiten, von dem trotz Platzverschwendung niemand einen Nutzen spürt.

Mit all diesen Traditionen einer überkommenen Journalistik gilt es entschlossen und rücksichtslos zu brechen.

Soweit unsere nur auf das Politische eingestellten, erfahrenen Redakteure noch durch die Schule der alten sozialdemokratischen Routine gegangen sind, wird nur der entschlossene Wille dazu gehören, für die Zeitungsmacherei eine Weise die Geste des großen Politikers abzustreifen, um zurückzugreifen auf die primitiven Einzeldinge aus dem Arbeiterleben, deren möglichst unauffällige Erledigung man früher so gern dem Lokal- und Provinzredakteur oder gar dem Briefkastenredakteur zuschob. Diese kleinen Klagen und Beschwerden des Tages, die dem sozialdemokratischen Redakteur der alten Schule als ärgerliche Einzelwünsche und kleinliche Belästigung erschienen, gilt es jetzt, als Material zur Belebung der politischen Erörterungen, als typische Beispiele zu verwerten. An diese Klagen und Beschwerden der Arbeiter soll der politische Redakteur anknüpfen, um an Hand dieser praktischen Beispiele aus dem Arbeiterdasein die Lehren des Kommunismus wirklich lebendig nahezubringen. Die Anfänger und Neulinge aber, die als Redakteure unserer kommunistischen Zeitungen heranzugezogen werden, sollen nicht erst versuchen, mit den angelernten Methoden bürgerlicher Journalistik zu brillieren, sie sollen gleich dazu übergehen, den sozialen Unterton, den unsere Zeitungen bisher hatten, als ihre Hauptnote anzuschlagen.

Es ist gegenwärtig auch keineswegs als eine der Hauptaufgaben unserer Zeitungen anzusehen, sich gegenseitig in zerstörender Kritik über die etwaige beste politische Taktik zur Lösung der kommunistischen Endprobleme zu zerfleischen. Es gilt vielmehr zunächst, ganz bescheiden, die einfachsten taktischen Methoden der Tageskämpfe zu klären, um sie in unserem Ringen um die Mehrheit der Proletarierherzen zu betätigen. Mit der Erprobung dieser einfachsten taktischen Methoden und deren Klärung in unseren eigenen Reihen wird die Presse dazu beitragen, eine Organisation zu schaffen von solcher inneren Festigkeit und Beweglichkeit zugleich, von solcher ständig anschwellenden Stärke und prinzipiellen Reinheit zugleich, die befähigt sein wird, mit überlegener taktischer Führung endlich auch Massenkämpfe um die ersten großen politischen Ziele des Kommunismus zum Siege zu führen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 8. Oktober 1921.

Agrarischer Milchwucher.

Ein Liter Milch vom 10. Oktober an 3,40 Mk.

Fast kein Tag vergeht, wo wir nicht irgendeine Preissteigerung von Lebensmitteln oder anderen notwendigen Bedarfsartikeln verzeichnen müssten. Steigerungen von 20, 30, 50 und mehr Prozent sind an der Tagesordnung. So wird heute wieder gemeldet, daß auch der Milchpreis um mehr als 20 Prozent heraufgesetzt worden ist.

Der Verein der Milchhändler und der Verein der Landwirte und Molkereien hat in einer Sitzung der interessierten Kreise und der Preisprüfungsstellen am Donnerstag in Halle eine Entschließung angenommen, in der die neuen Wucherpreise bekanntgegeben werden. **Danach beträgt der Milchpreis von Montag, den 10. Oktober, im Kleinhandel 3,40 Mk.**

Die Folgen dieses neuesten agrarischen Wuchers werden furchtbar sein. Die Arbeiterfamilien sind gezwungen, auf dieses wichtige Nahrungsmittel zu verzichten, da sie die neuen Forderungen der junkerlichen Kapitalisten nicht erfüllen können. Sie werden in Zukunft ihren Kindern keine Milch mehr geben können und sie mit Wassersuppen und anderen minderwertigen Nahrungsmitteln dem langsamen Hungertode preisgeben müssen. Die Agrarier wollen es so. Der Profit ist ihnen noch nicht hoch genug. Und darum müssen Tausende von Arbeiterkindern langsam zugrunde gehen.

Wie lange sollen diese Ausbeuter ihr frevelhaftes Spiel mit dem Leben der arbeitenden Massen noch treiben? Die Teuerung geht von Tag zu Tag weiter. Eine Preissteigerung folgt der anderen. Und in demselben Maße, wie die Teuerung fortschreitet, wird auch die Verelendung der Masse fortschreiten. Die Prozentpatrioten stecken Millionengewinne ein und lassen die arbeitende Bevölkerung langsam verhungern. Was tun die Leute von der USPD., um dieser Verelendung ein Ziel zu setzen? Sie warnen die Regierung! Und die SPD.? Sie verbrüdert sich mit diesen Ausbeutern und stärkt damit ihre Positionen. Die Arbeiterschaft muß sich abwenden von diesen korrumpierten Führern und muß den Weg zurückfinden zum Klassenkampf. Sie muß den Kampf gegen die wachsende Verelendung geschlossen aufnehmen und die Verbrecher am Volke zum Teufel jagen.

Eltern und Mütter!

Schickt Eure Kinder morgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr, nach dem „Volkspark", wo eine große Kundgebung stattfindet für

Die weltliche Schule.

Referent: Genosse **Reinhold Schönlank.**

Redner-Abend der KPD.

Am Montag, dem 10. Oktober, müssen alle rednerisch tätigen Genossen, außer den sonstigen Teilnehmern, abends ½8 Uhr, im Heim der Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, erscheinen.

Die politische Lage erfordert es, daß gründlich dazu Stellung genommen wird. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge, aus denen heraus die heutige Politik erwächst, müssen genau untersucht werden. Der KPD. erwachsen augenblicklich besonders wichtige Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn alle propagandistisch tätigen Genossen sich genau über die Lage informieren.

Am vergangenen Montag sprach Genosse Schönlank einleitend über die politische Lage. Der Verlauf des Abends zeigte, daß eine gründliche Aussprache über alle politischen Probleme notwendig ist. Im 2. Teil des Abends sprach Genosse Behr über Dokumente der russischen Revolution bis zum Oktober 1917. Am kommenden Montag wird der Vortrag fortgesetzt, und zwar sollen besonders die Fragen behandelt werden, wie sich die Bolschewiki zu allen auftauchenden Problemen vor der Machtergreifung gestellt haben. Jeder Genosse wird daraus für die deutschen Zustände selbst seine Schlüsse ziehen können. Wir erwarten einen zahlreichen Besuch.

Die Leitung.

Die Hallischen Stinnessozialisten

haben das Diktat ihrer Parteipäpste, das diese hinter den Kulissen bereits vor dem Parteitag in Görlitz mit Stinnes und Stresemann ausgeknobelt haben, rücksichtslos angenommen. In der am Donnerstagabend zu Ende geführten Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen. In dem Bericht der „Volksstimme" heißt es, daß die beiden ersten Absätze einstimmig und der letzte Absatz gegen eine starke Minderheit angenommen wurden. Sie lautet:

„Obwohl die Vertreter des Bezirks Halle auf dem Parteitag in Görlitz entsprechend dem Willen der großen Mehrheit unserer Mitglieder, geschlossen gegen die Koalitionsresolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission stimmten, erkennt die am 29. September und 5. Oktober stattgefundene Mitgliederversammlung der SPD. für Halle den Mehrheitsbeschluß des Parteitages als bindend an.

Die Versammlung gelobt, auf die strikte Durchführung der aufgestellten Mindestforderungen zu achten und sich gegen eine eventuelle Verwässerung derselben mit aller Macht zu wenden.

Im übrigen aber protestiert die Versammlung dagegen, daß eine derartig wichtige Frage auf die Tagesordnung des Parteitages erhoben wurde, ohne daß sich die einzelnen Parteimitgliedschaften vorher genügend damit beschäftigen konnten."

Der Weg der schrankenlosesten Ausbeutung durch die Partei der Großindustrie und der Großbanken muß nun noch freigelegt werden auch durch die SPD. Arbeiter. Die Regie klappt in Halle unter Führung des landrätlichen Adolf Thiele ganz gut. Und Adolf Thiele hat es den sozialdemokratischen Arbeitern ja auch gesagt, weshalb sie in eine Regierung mit Stinnes zur Bekämpfung der Antirepublikaner eintreten müssen: Sie wollen Einfluß gewinnen auf die Gestaltung der Dinge. Und weil sie Einfluß gewinnen wollen, darum gehen sie nicht etwa hinein, um die Einheitsfront des Proletariats zu verwirklichen, sondern um die Einheitsfront mit den kapitalistischen Monarchisten gegen die Arbeiter herzustellen.

Hausbesitzer und Mieteinigungsamt.

„Die Hallischen Hausbesitzer kennen eine Behörde, die ihnen das Leben noch saurer macht, als es für den Grundbesitzer heute schon ohnehin ist," so jammert die deutschnationale „Hallesche Zeitung". Und warum jammert sie so? Weil das Hallische Mieteinigungsamt den „notleidenden" Hausbesitzern nicht 50 Prozent Zuschlag zur Friedensmiete zugestehen will, sondern diesen Zuschlag, der um 10 Prozent die gesetzliche Regelung übersteigt, von dem Nachweis abhängig macht, daß das Grundstück Zubußen erfordert. Da dieser Nachweis aber nur in den allerseltensten Fällen erbracht werden kann, werden die Anträge auf Steigerungen um 50 Prozent abgelehnt.

Diese Entscheidungen hat jetzt auch der Hallische Haus- und Grundbesitzerverein zum Anlaß genommen, um sich beim Wohlfahrtsministerium zu beschweren. In der Beschwerdeschrift wird es so hingestellt, als ob für Halle bereits ein Zuschlag von 50 Prozent bestünde, und daß sie darum auch den Nachweis der Zubuße nicht zu führen brauchten. Weiter wird angeführt, daß auch die 50 Prozent noch lange nicht ausreichen würden, die Reparaturen an den Häusern durchzuführen, da die Häuser bereits durch den von der Regierung festgesetzten niedrigen Zuschlag so heruntergewirtschaftet sind, daß sie sich jetzt bereits in einem zerfallenden Zustande befinden.

Ob den Hausbesitzern 50 Prozent oder 100 Prozent Zuschlag zugebilligt werden, das bleibt sich ganz gleich: Reparaturen werden doch nicht ausgeführt. Für sie handelt es sich darum, möglichst hohe Profite herauszuschlagen. Die unaufhörlichen Klagen aufbringen und die Hausbesitzer wieder freie Hand lassen. Denn gerade jetzt könnten sie ungeheure Konjunkturgewinne machen. Und diese Spekulation läßt sie nicht schlafen. Wir sind davon überzeugt, daß, wenn die Arbeiterschaft diesem zähen Kampf nicht mit der ganzen Wucht ihrer Geschlossenheit entgegentritt, die Hausagrarier Sieger bleiben werden. Denn die dauernden Kapitulationen der Regierungsbehörden vor dem Hausbesitz zeigten ganz deutlich, daß sie von der Verwirklichung ihrer Ziele nicht mehr weit ab sind.

*

Von der Hausbesitzern kann man nicht gut verlangen, daß sie, wenn eine Familie einmal in eine Notlage gerät, dafür auch Verständnis zeigen müßte. Wo Mieter ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können, werden sie rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Das ist immer schon so gewesen und ist auch heute noch so. Der Arbeiter Hermann hatte bei der Hausbesitzerin Brüting, Anhalter Straße 1, eine Kellerwohnung inne, zu der auch die Hausreinigung gehörte. Für die Hausreinigung wurde eine Entschädigung von monatlich 20 Mk. — in Buchstaben zwanzig Mark — bezahlt. Da der Mann für seine sechs Kinder Tag und Nacht schuften muß, um die hungrigen Mäuler satt zu kriegen, so übertrug er seiner Frau die Hausreinigung. Bis dahin war die Hauswirtin auch ganz zufrieden mit ihrem Kellermieter. Gute Miete, billige Hausreinigung . . . Als aber die Frau plötzlich krank wurde und die Arbeiten nicht mehr ausführen konnte, zeigte sich die Hausbesitzerin von ihrer richtigen Seite. Sie nahm das Mieteinigungsamt in Anspruch, das auch bereitwilligst einer Kündigung der Wohnung zustimmte. Als der Räumungstermin herankam, die Wohnung aber nicht geräumt wurde, weil keine Wohnung angewiesen werden konnte, so holte die Frau einen Möbelwagen und wollte unter ihrer Aufsicht die Wohnung räumen lassen. Doch hierbei hatte sie nicht mit dem Klassenbewußtsein der Arbeiter gerechnet. Denn als die Arbeiter erfuhren, daß man hier eine in Not geratene Familie rücksichtslos auf die Straße setzen wollte, verweigerten sie die Herausschaffung der Möbel.

* **Der Streit um die Verschwörergruppe in der Deutschnationalen Volkspartei.** Die beiden monarchistischen Blätter, die „Allgemeine Zeitung" und die „Hallesche Zeitung" streiten seit einigen Tagen darüber, wer zuerst um das Bestehen der fektierischen Verschwörerbande, der Deutschsozialen Partei, gewußt hat. Während die Halbbund-Halben („Allgemeine Zeitung") behaupten, die Deutschsoziale Partei sei erst jetzt unter Führung Knüppelkunges gegründet worden, weiß die „Hallesche Zeitung", daß diese Mörderpartei bereits seit dreiviertel Jahren besteht. Und das mag schon richtiger sein und klingt auch wahrscheinlicher. Denn in ihren eigenen Reihen werden die Deutschnationalen besser Bescheid wissen als die Leute, die sich in der Hauptsache wohl für hohe Profite interessieren, die Organisierung der Verschwörung zur Beseitigung von unbequemen Personen aber ganz gern den Deutschnationalen überlassen.

* **Zwei Lichtbildervorträge, heute** abend ½8 Uhr. Im Norden: „Lindenhof" in Kröllwitz. Genosse Knauthe spricht über die Entstehung einer Zeitung und über das Klassenkampfgebäude. — Im Süden: „Lexter Treter", Merseburgerstraße. Genosse Reimann berichtet mit Humor und farbenprächtigen Bildern über seine Reisen durch Schweden, Norwegen und Dänemark.

* **Kommunistische Jugend.** Alle Mitglieder, die Karten zur Begrüßungsfeier erhalten haben, werden gebeten, bis spätestens Dienstag abend im Jugendsekretariat, Lerchenfeldstraße 14, abzurechnen.

* **Kommunistische Kindergruppe.** Wir beteiligen uns an den Veranstaltungen des Freidenkervereins am Sonntag im „Volkspark". Die Veranstaltung im Jugendheim wird deshalb auf Dienstag verschoben. Allseitige Beteiligung ist erwünscht.

* **Stets gutes Brot** bekommen Sie im eigenen Laden! Jeder organisierte Genossenschafter sollte nur Brot aus dem eigenen Unternehmen in seinem Haushalt konsumieren. Die Herstellung erfolgt in sanitär einwandfreien Betriebsanlagen durch organisierte Angestellte. Wer durch Ausschaltung des Zwischenhandels und Förderung des Genossenschaftswesens die Bestrebungen zur Errichtung der Gemeinwirtschaft unterstützen will, der sollte seinen Bedarf nur im Allgemeinen Konsumverein Halle und Umgegend decken.

* **Esperanto.** Von der Ortsgruppe Halle des Deutschen Arbeiter-Esperantistenbundes wird uns geschrieben: Wie in allen Städten, so soll auch in Halle die Esperantensprache mehr und mehr gepflegt werden. Ist doch Esperanto die einzige, leicht erlernbare Welthilfssprache, die jeden Arbeiter befähigt, sich leicht und direkt mit den Klassengenossen der anderen Länder zu verständigen. Die Ortsgruppe Halle veranstaltet am Dienstag einen Propagandavortrag, in dem auch internationale Esperantoliteratur, Flugschriften und Esperantopostkarten aus allen Ländern der Welt ausgestellt sind. Näheres ist an den Anschlagsäulen bekanntgegeben. Auch beginnen im Laufe dieser Woche neue Herbstkurse. (Siehe auch Inserat.)

* **Stadttheater.** Heute, Sonnabend, abend 7½ Uhr wird „Das Dreimädelhaus" gegeben. Sonntag nachmittag 3 Uhr, Volksvorstellung: „Hanneles Himmelfahrt". Sonntag abend 7½ Uhr: „Die versunkene Glocke", Musikdrama von Heinrich Zöllner. Am Montag ist das Stadttheater für die Freie Volksbühne vergeben. Dienstag gelangt „Das Postamt", ein Bühnenspiel von Rabindranath Tagore zur Erstaufführung. Hierauf „Die stumme Schönheit", Lustspiel in einem Aufzuge von Johann Elias Schlegel. Mittwoch wird Richard Wagners „Siegfried" wiederholt. Donnerstag: „Die versunkene Glocke". Freitag: „Das Postamt", hierauf „Die stumme Schönheit".

* **Freie Volksbühne.** 1. Aufführungsreihe. („Nathan der Weise".) Spieltag: C: Montag, den 10., D: Mittwoch, den 12., E: Donnerstag, den 13., F: Sonnabend, den 15., G: Mittwoch, den 19. Oktober.

* **Thalia-Theater.** Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 7½ Uhr, „Zwangseinquartierung" von Arnold und Bach zur Aufführung.

* **Gastspiel der Niederdeutschen Bühne.** Auf das heute, Sonnabend, abend 7½ Uhr im Thalia-Theater stattfindende letzte Gastspiel der Niederdeutschen Bühne „Mudder Mens", Niederdeutsches Schauspiel von Fritz Stavenhagen mit dem einleitenden Vortrag „Das niederdeutsche Drama in Vergangenheit und Gegenwart" von Otto Schabbel sei nochmals hingewiesen.

* **Zoologischer Garten.** Morgen, Sonntag, findet vormittag 10½ Uhr eine Führung durch den Zoologischen Garten statt. Treffpunkt am Elefantenhaus. Nachmittags von 3½ bis 6½ Uhr konzertiert das Philharmonische Orchester unter Leitung des Obermusikmeisters K. Steuer.

Ammendorf. Eine öffentliche Versammlung des Volks-Feuerbestattungs-Vereins findet am Sonntag, dem 9. Oktober, vormittags 9½ Uhr, in der Brohan-Schenke statt.

Wir ziehen aus!

Die Anzeigenannahmestelle für den „Klassenkampf" befindet sich vom 15. Oktober an im Laden unserer Buchhandlung, Halle, Harz 42/44; die Hauptgeschäftsstelle in der Lerchenfeldstraße 14. Vom 1. November an wird der Gesamtbetrieb der Produktiv-Genossenschaft eröffnet. Die Buchhandlung Harz 42/44 bleibt bestehen

Verlag u. Redaktion Klassenkampf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211008-11/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Eine neue Hetze gegen die Kommunisten?

Die reaktionäre Hetzpresse hat wieder einen „fetten Happen" gefunden, um gegen die „Spartakisten" vom Leder zu ziehen. Heute und in den nächsten Tagen werden den Lesern schauerliche Märchen vorgesetzt werden, die den Zweck haben, eine neuerliche Hetze gegen die Kommunisten zu inszenieren. Den Anstoßt hierzu geben die „Leipziger Neuesten Nachrichten", die in ihrer Sonnabend-Morgennummer von einer „aufsehenerregenden Verhaftung" auf dem Leipziger Hauptbahnhof berichten. Dort wurden der Maschinenschlosser Hermann Raetsch aus Königshütte und die Kontoristin Valeska Dombrowski aus Schoppenitz festgenommen, nachdem ein „Zimmermann" gemeldet haben soll, daß er auf der gemeinsamen Fahrt von Berlin nach Leipzig erlauscht habe, daß die beiden Leute auf dem Wege seien, Sprengstoffe vom Rheinland abzuholen und nach Halle (Saale) zu bringen. Bei der Vernehmung habe Raetsch angegeben, daß er die Dombrowski in Breslau kennengelernt habe. Diese habe ihm anvertraut, sie sei auf der Reise nach Frankfurt a. M., um im Auftrage der Kommunistischen Partei in Trepwitz bei Frankfurt Sprengstoffe abzuholen, und nach Halle zu bringen. Dabei habe sie die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, daß das Chemische Werk in Oppau durch böswillige Sprengung zerstört worden sei und daß geplant sei, mit dem von ihr zu besorgenden Sprengstoff eine ähnliche Katastrophe im Leunawerk herbeizuführen. Die Dombrowski hat bei ihrer Vernehmung alles in Abrede gestellt und erklärt, Raetsch wolle sie nur unglücklich machen, weil sie sein Liebeswerben nicht erwidert habe. Um die Sache zu klären, wurden beide in Haft behalten und der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Soweit die „L. N. N.", die anscheinend den Schwindel selbst nicht glauben, denn gegen ihre sonstige Gepflogenheit bringt sie diese Meldung als gewöhnliche Lokalnotiz in kleiner Schrift. Wir sind aber trotzdem überzeugt, daß es eine Anzahl Leute geben wird, die darauf hineinfallen und selbst dann noch daran glauben, wenn der Schwindel längst aufgeklärt und dementiert ist. Diese Sorte von Menschen stirbt bekanntlich nie aus. Die Haltlosigkeit der vorgenannten Meldung muß sich in kürzester Frist herausstellen; die gemachten Angaben sind derart unsinnig, daß sie wohl von allen vorurteilsfreien Menschen mit größtem Mißtrauen aufgenommen werden. Wir können heute schon mit größter Bestimmtheit verraten, daß alles erlogen und erstunken ist. Oder sollte es sich gar um eine Aktion gegen die Kommunisten handeln, zu der man sich die nötigen Subjekte gekauft hat? Wir werden ja sehen!

Der Schieber als Hamsterer.

In der Hungerzeit des Krieges, als Ludendorff noch regierte, zogen die Proletarierfrauen und -kinder massenweise aufs Land, um mühselig ein paar Kartoffeln zum Durchhalten zu ergattern. Heute, wo Ebert regiert, sind es die Schieber, die hamstern. Aber angleich den armen Arbeiterfrauen und -kindern, die ihre Päckchen auf dem Rücken tragen mußten, fahren sie in Automobilen umher, um überall einzukaufen. Der Fall der Mark hat sie zu Hamsterern gemacht. Die „Frankfurter Zeitung" erzählt in ihrer Nr. 724 über die Praktiken dieser Hamsterer das folgende:

„Der Kursturz der Mark hat an zahlreichen Warenmärkten wieder eine Jagd nach Waren entfesselt, bei der die Preise maßlos in die Höhe getrieben werden. Insbesondere auf dem Gebiet der Textilindustrie reißt der Handel den Fabrikanten die Waren förmlich aus den Händen. Einkäufer durchfahren, teilweise in Automobilen, die betreffenden Industriegebiete, um der Konkurrenz im Einkauf zuvorzukommen. Dem Händler, der sich an das Automobiltempo des Einkaufs noch nicht gewöhnt hat, kann es heute passieren, daß er nach Eintreffen mit dem fahrplanmäßigen Eisenbahnzuge in der Fabrikationsstadt von seinem Lieferanten hört, er habe die gewünschte Ware eine Stunde früher an den im Auto herbeigeeilten Konkurrenten verkauft. Bei dieser Verfassung der Märkte wird die Gelegenheit zum „Dickwerdenen" reichlich geboten und reichlich ausgenutzt.

Die dickwerdenden Schieber nutzen die Geldentwertung dreifach zum Profit aus: einmal suchen sie mit dem entwerteten Geld möglichst billig einzukaufen; sodann wollen sie durch die Verwandlung der Papierzettel in Waren weiterer Geldentwertung entgehen; schließlich überteuern sie durch Anhäufung der Ware in ihren Händen noch deren Preis über die mit der Geldentwertung schon verbundene Preissteigerung hinaus.

Die französische Revolution hat derartige Blutsauger aufs Schafott geschickt!

Die Gutsbezirke sollen verschwinden.

Nach einer Meldung des „B. T." wird sich die künftige Landgemeindeordnung für Preußen auch mit der Frage der Beseitigung der Gutsbezirke befassen. Zur Vorbereitung und Erleichterung dieser Neuregelung ist bereits ein entsprechender Erlaß ergangen, auf Grund dessen nach der Mitteilung des Zentralblattes der preußischen Landwirtschaftskammern schon 90 Gutsbezirke eingemeindet oder in Landgemeinden umgewandelt wurden. Sofern ein Einverständnis der Beteiligten nicht zu erzielen ist, kann mit der Beseitigung von Gutsbezirken nur aus Gründen des öffentlichen Interesses vorgegangen werden.

Schleudig. Vom Kürschnerstreik. Am 29. September traten, wie bereits kurz gemeldet, hier und im Bezirk Leipzig (Rötha, Marktranstädt usw.) zirka 500 Kürschner, Kürschnereiarbeiter und Arbeiterinnen in den Streik. Nachdem die seit 5. September geführten Verhandlungen, eine 30prozentige Lohnerhöhung zu erreichen, ergebnislos verlaufen waren und die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber offen zu erkennen war, sahen sich die Kürschner gezwungen, um ihre berechtigten Forderungen durchzudrücken, die Arbeit niederzulegen. Am 1. Oktober erklärten sich die Werkführer, zum Teil unorganisiert, mit den Streikenden solidarisch und traten bis auf einen restlos in den Streik ein. In einigen kleineren Betrieben wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Forderungen bewilligt worden waren. Wenn alle Voraussetzungen nicht trügen, wird die Bewegung in kürzester Frist mit einem Siege der Arbeitnehmer enden. Arbeitswillige sind bis zur Stunde keine zu verzeichnen. Zuzug ist nach wie vor fernzuhalten.

Modelwitz. „Demokratie". Der Gemeinderat wurde von der Regierung in Merseburg als aufgelöst erklärt, weil er die Annahme der letzten Steuervorlage abgelehnt hat. An seine Stelle setzte der Landrat einen kommissarischen Gemeindevorsteher.

Sangerhausen. Die öffentliche Volksversammlung am morgigen Sonntag, in der Genosse Kilian den Bericht vom Untersuchungsausschuß über die Märzkämpfe geben wird, muß Umstände halber **pünktlich ½2 Uhr nachmittags** beginnen. Die Teilnehmer wollen sich pünktlich einfinden.

Bitterfeld. Totentanz! Der zunächst in den Großstädten eingeführte Totentanz für die Oppauer Opfer hat nun leider auch bereits in der Provinz Eingang gefunden. Die Geschmacklosigkeit feiert eben überall ihre Triumphe. So glaubte auch der Gastwirt Löschke eines für die Oppauer Opfer tun zu müssen, indem er am 30. September einen Ball veranstaltete, dessen Reinertrag für Oppau bestimmt wurde. Und freudestrahlend berichtet die bürgerliche Presse, daß nicht weniger als 620 Mk. (man bedenke!) abgeführt werden konnten. Ist denn alle Scham zu den Hunden geflohen?

— Aus dem Stadtparlament. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurden u. a. folgende Angelegenheiten behandelt. Zur Pflasterung eines Teiles der Inneren Zörbiger Straße wurden 10 000 Mk., und zur Ausstattung von vier Radfahrern der Freiwilligen Feuerwehr mit Minimax-Apparaten 4000 Mk. bewilligt. — Nach einem Antrage des Magistrats wurde den Mitgliedern der Versammlung eine einmalige Dienstaufwands-Entschädigung von jährlich 75 Mk. gewährt. — Zur Beschaffung von Heizmitteln und Kartoffeln an die minderbemittelte Bevölkerung wurde die gleiche Summe wie im Vorjahre genehmigt. — Der wegen Besetzung der zweiten Bürgermeisterstelle eingesetzte Ausschuß hat von 63 Kandidaten hier zur engeren Wahl vorgeschlagen.

— Kampfwille der Angestellten! In einer öffentlichen Versammlung der Angestellten der chemischen Industrie, die am 5. Oktober im Hotel „Rheinischer Hof" tagte und von rund anderthalb Tausend Personen besucht war, wurde Bericht erstattet über die Verhandlungen über den Gehaltstarif. Unter stürmischem Beifall gelangte folgende Entschließung einstimmig zur Annahme: „Die am 5. Oktober im „Rheinischen Hof" zu Bitterfeld versammelten rund 1700 Angestellten der chemischen Industrie weisen mit voller Entrüstung das Angebot der Arbeitgeber auf Gewährung einer 5- bis 15prozentigen Gehaltserhöhung zurück. Dieses Angebot spricht allem gerechten Empfinden Hohn, den Angestellten den notwendigen Ausgleich gegenüber der seitherigen, sich ständig verstärkenden Teuerungswelle zu verschaffen. Die Versammelten beauftragen ihre Tarifunterhändler, alle Mittel zur Erfüllung der durchaus berechtigten Forderungen anzuwenden und erteilen ihnen hierzu die weitestgehende Vollmacht."

Wittenberg. Auf der Strecke geblieben. Der in Kleinwittenberg für Kleinwittenberg und Piesteritz erscheinende „Anzeiger für den Westen des Kreises Wittenberg" stellte mit dem 1. Oktober sein Erscheinen ein. Die Hetze gegen die revolutionäre Arbeiterschaft hat also absolut nichts genützt.

Eilenburg. Gegen die Aushungerung der Arbeiten- den Volkes! Am 5. Oktober fand hier eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände und der Kartelldelegierten statt, um zur Kartoffelversorgung Stellung zu nehmen. Der Kartellvorsitzende berichtete über eine beim Landrat stattgefundene Besprechung zwischen Produzenten und Konsumenten, woran aber die Organisation der Landwirte nicht teilgenommen hat, da sie sich auf eine Festsetzung der Kartoffelpreise nicht einlassen könne. Nach lebhafter und langer Aussprache wurde folgende Entschließung gefaßt: „Die Vertreter der Eilenburger Arbeiterschaft und Angestellten verurteilen ganz entschieden das Nichterscheinen der landwirtschaftlichen Organisation bei den Verhandlungen in Delitzsch und erkennen daran, daß die betreffende Organisation kein Verständnis für die Not des Volkes besitzt, und gleich wie beim Brot auch bei der Kartoffellieferung ungeheuren Profit herausschlagen will. Indem die Vertreter der Eilenburger Arbeiter und Angestellten die Landwirtschaft warnen, die Aushungerung des Volkes nicht auf die Spitze zu treiben, lehnen sie jede Verantwortung für eventuelle Selbsthilfe der Verbraucher den Landwirten gegenüber ab. Um so mehr, da verschiedene Landwirte sich schon bereit erklärt haben, Kartoffeln zu einem angemessenen Preise zu liefern. Die Kartellleitung wird beauftragt, zur gegebenen Zeit die Namen derjenigen Landwirte bekanntzugeben, die ihre Pflicht den Konsumenten gegenüber erfüllt haben." — Als Antwort darauf veröffentlicht der Kreislandbund in Delitzsch in der bürgerlichen Presse eine längere Erklärung, in der lediglich gesagt wird, daß die Landwirte Kartoffeln liefern wollen, aber zum jeweiligen Tagespreis! Hier liegt der Hase im Pfeffer! Die reaktionären Herrschaften sollen den Bogen nicht überspannen; die Arbeiterschaft hat es satt, sich fortgesetzt ausbeuten und auswuchern zu lassen.

Torgau. Der Landratsspuk will kein Ende nehmen. Zunächst hatte man die Geschäfte des Kreisausschusses von denen des Landratsamtes getrennt, um mit dem neuen Landrat so wenig wie möglich zu tun zu haben, dann verweigerte man letzterem auch die Wohnung im Kreisgebäude. Eine am Sonntag stattgefundene Versammlung der Kreisbauernschaft ernannte den Landrat a. D. Gerecke zum Ehrenkreisbauernmeister, um damit zu dokumentieren, daß sie nach wie vor an ihm festhalten. Um den deutschnationalen Landrat wieder ans Ruder zu bringen, wird überhaupt viel Tamtam verursacht. Wir Kommunisten haben keine Veranlassung, daran teilzunehmen, und wenn Stadtrat Becker am Sonntag auf dem Kreisbauernverein sich so für Dr. Gerecke ins Zeug gelegt hat, so hatte er doch keinen Auftrag von den Kommunisten. Es weiß auch die Hallische „Volksstimme". Sie schreibt ja selbst, daß im Kreistag von den Abgeordneten der SPD., der KPD. und der Demokraten die Erklärung abgegeben worden sei, daß diese Parteien keinen Grund haben, für Gerecke einzutreten. Warum also die fortgesetzten Anrempelungen? Doch nur, um das Parteisüppchen kochen zu können. Wir haben aber auch kein Interesse an dem „demokratischen" Landrat Dr. Drews, für den die Rechtssozialisten so stark agitieren. Denn schließlich sind beide wie Jacke und Hose. Das von der „Volksstimme" beliebte Frage- und Antwortspiel lehnen wir rundweg ab; wir haben etwas anderes zu tun, als mit diesen Leuten, die genug vor ihrer eigenen Türe zu kehren haben, uns herumzustreiten. Am liebsten möchte die „Volksstimme" ja einen rechtssozialistischen Landrat nach Torgau haben, um ihren dort steckengebliebenen Parteifaren flottmachen zu können. Sie muß aber erst noch etwas warten, bis Seyering wieder am Ruder ist. Dann kann der Schacher losgehen. Wir wünschen den Herrschaften viel Glück dazu, werden aber dafür sorgen, daß dem Wein eine entsprechende Dosis Wasser hinzugesetzt wird.

Aschersleben. Eisenbahndiebstähle. Hier wurden wegen umfangreicher Eisenbahndiebstähle, die zum Teil schon längere Zeit zurückliegen, etwa 40 Beamte und Arbeiter überführt und festgenommen. Weitere Verhaftungen stehen noch bevor. Der Schaden, der dem Fiskus dadurch erwachsen ist, läßt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen; es dürfte sich aber um nicht geringe Summen handeln.

Magdeburg. Bau einer großen Stadthalle. In „Neu-Magdeburg", in dem Stadteil zwischen Rote-Horn-Park und Zitadelle, soll unmittelbar an der Elbe eine Magdeburger Stadthalle erstehen. Die Baukosten werden auf 7 bis 10 Millionen veranschlagt. Man hofft, den Bau in sieben Monaten fertigzustellen. Die neue Stadthalle soll einen Hauptsaal mit Galerie erhalten, der etwa 3000 bis 3500 Menschen zu fassen vermag.

Gotha. Großes Eisenbahnunglück. **Auf der Strecke Leinefelde—Gotha, in der Nähe der Station Bufleben, hat sich durch Abreißen von acht Wagen eines Güterzuges ein schweres Unglück zugetragen. Die Wagen rollten auf etwas abschüssiger Strecke zurück und stießen dann mit einem nachfolgenden Güterzug zusammen. Hierbei wurden dreizehn Wagen und eine Maschine zertrümmert. Der Unfall ließ auch einen Benzintankwagen explodieren, wobei ein Bremser den Tod durch Verbrennung erlitt. Außer diesem Toten sind noch mehrere Eisenbahnbeamte als schwerverletzt zu beklagen.**

Mansfelder Kreise.

Eisleben. Die Strafkammer befaßte sich am 4. Oktober u. a. wieder mit einigen Fällen aus der Märzaktion. Fünf Monate Gefängnis diktierte sie dem Bergmann Otto Wagenhaus aus Höhnstedt zu, weil er auf Veranlassung des Aktionsausschusses diesem den Gutsbesitzer Rosahl zugeführt hatte. — Der Stallschweizer Hugo Hartung aus Hedersleben hat angeblich von dem Lehrer Wattkhäus in Unterrißdorf behauptet, er hätte sich an der kommunistischen Aktion beteiligt. Er muß wegen dieser „üblen Nachrede" drei Wochen ins Gefängnis. — Wegen Aufruhrs und Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz wurde der Kutscher Otto Nürnberg von Eisleben zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Es ist ihm die Beteiligung bei einem Angriff auf die Schupo nachgewiesen worden. — Wie lange soll denn eigentlich noch die Justizaktion gegen die revolutionären Arbeiter andauern? Sind es immer noch nicht genug, sich hinter Kerkermauern schmachten? Wir fordern im Gegenteil die Freilassung der politischen Gefangenen, die ein gleiches Recht auf Freiheit haben wie die Koppisten. Wundert man sich da noch, wenn von Klassenjustiz gesprochen wird?

Stedten. Vom Flurschutz erschossen! Ein „Heldenstück" leistete sich der Flurhüter des Rittergutsbesitzers Schurig in Stedten, indem er den jungen Arbeiter Hermann Luppe von hier am Donnerstag durch Kopfschuß niederstreckte. Der tödliche Schuß ist aus einer Entfernung von etwa 20 Metern abgegeben worden, ein Zeichen, daß der Flurhüter den jungen Mann ganz kaltblütig niedergeschossen hat. Angeblich will er diesen beim „Wildern" betroffen und im „Notwehr" gehandelt haben. In der Nähe der Leiche lag ein Rucksack mit ein paar Hasen. Der Flurhüter muß feste drauflos geknallt haben, denn man fand fünf abgeschossene Patronenhülsen. Das Nähere muß die Untersuchung ergeben, die rücksichtslos durchgeführt werden muß. Es geht denn doch nicht, daß wegen ein paar lumpiger Hasen ein Mensch einfach über den Haufen geschossen wird. Die Bevölkerung ist äußerst empört. Die Tat geschah nicht weit vom Dorfe. Ein Komplize des Flurhüters, der anscheinend beteiligt war, ist flüchtig geworden und entkommen; er soll aber erkannt sein.

Aus den Gerichtssälen.

Reichsgericht.

Großzügigkeit gegen Kapitalflüchter.

Das Landgericht Köln hatte am 10. November v. J. die Bankdirektoren Dr. Imhäuser und Derne, die Inhaber einer Bank, wegen Vergehens gegen die Kapitalabwanderungsverordnung der Volksbeauftragten vom 21. November 1918 zu je 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Urteil war ergangen auf den Einspruch der Angeklagten gegen einen Strafbescheid vom 18. August 1920, der über je 15 000 Mark gelautet hatte. Es wurde den Angeklagten zum Vorwurf gemacht, daß sie es unterlassen hatten, sich bei Gutschriften auf die Konten ausländischer Kunden die vorgeschriebenen Erklärungen in doppelter Ausfertigung erteilen zu lassen, ferner daß sie in einer Reihe von Fällen es unterlassen hatten, die ihnen erteilten Erklärungen in einem Exemplar dem Finanzamte einzureichen. Die Vertreter der ausländischen Kunden, welche Verträge auf deren Konten einzahlten, wohnen im Auslande. Das Landgericht glaubte den Angeklagten nicht beistimmen zu können, wenn sie behaupteten, daß in solchen Fällen eine Anzeigepflicht nicht vorliege. Die Angeklagten waren der Meinung, daß es gleichgültig sei, ob Ausländer selbst oder durch ihre Vertreter auf ihr Konto einzahlen lassen, jedenfalls könnten Ausländer nicht verhindert werden, ihre Gelder ins Ausland zu überweisen. Das Landgericht hält eine Anzeige an das Finanzamt in jedem Falle für erforderlich; nur dieses könne entscheiden, ob etwa eine unzulässige Flucht deutschen Kapitals vorliege. Der Zweck des Gesetzes würde somit vereitelt werden, und ein solches Verhältnis zwischen einem Ausländer und Inländer in Verbindung mit einem Bankkonto sei ein allzu bequemes Ausfallstor für auswanderungslustiges deutsches Kapital. Gegen das Urteil hatten die Angeklagten Revision eingelegt. Der Reichsanwalt beonte, daß die Strafandrohung sich nicht gegen die Inhaber der Bank richte, sondern gegen die als wirkliche Täter in Betracht kommenden Personen; die Inhaber der Banken seien nur dann ebenfalls verantwortlich, wenn sie das Verhalten ihrer Angestellten gebilligt hätten. Da die Verordnung der Volksbeauftragten nur vorsätzliches, nicht aber auch fahrlässiges Handeln mit Strafe bedrohen, so fehle die Grundlage für eine Verurteilung. Das Reichsgericht schloß sich diesen Darlegungen an, hob das Urteil auf und sprach die Angeklagten frei.

Schwurgericht.

Mordversuch.

Der erst 23jährige Bierfahrer Albert Liedke aus Bitterfeld war angeklagt, am Abend des 6. Mai 1921 seine Frau durch Beibringung von Gift vorsätzlich zu töten versucht zu haben. Er lebte mit seiner Frau seit vier Jahren in nicht sehr glücklicher Ehe. Der Streit drehte sich gewöhnlich um das von der Frau mitgebrachte uneheliche Kind, in letzter Zeit aber auch um die für seine wirtschaftliche Lage verhängnisvolle Vergrößerung der Familie. Zu dem unehelichen Kinde der Frau hatten sich zwei weitere, aus der Ehe hervorgegangene Kinder, gesellt. Im Februar 1921 sah die Frau abermals ihrer Niederkunft entgegen. Da faßte L. (nach seiner Schilderung) die Absicht, mit seiner Frau aus dem Leben zu scheiden. Er kaufte eine Schachtel „Zurol", das zur Vergiftung von Ratten dient, und verwendete es am Abend des 6. Mai 1921 bei der Zubereitung eines Eierkuchens. Er selbst aß jedoch nicht davon, sondern stellte ihn in das Fenster. Am andern Morgen kostete die Frau ihn nur, weil sie nach der Beschaffenheit des Gebäcks glaubte, es sei über Nacht sauer geworden. Gleich nach dem Genuß einer Probe erkrankte die Frau an Schwindel, Magenbeschwerden und Mattigkeit. Da sie sofort Erbrechen hervorrief, war das Uebelbefinden am Abend wieder überwunden. Es kamen hinzu, daß die Schwiegermutter nur einmal an dem vergifteten Eierkuchen leden ließ, verendete alsbald. Schließlich wurde der Ueberrest vom Gerichtschemiker untersucht und als vergiftet befunden. In dem zu dem Eierkuchen verwendeten Rattengift ist eine zur Tötung von Menschen ausreichende Menge Flourkalium enthalten gewesen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen des Mordversuch, verneinten merkwürdigerweise aber die, ob L. seiner Frau Giftstoffe beigebracht habe! Praktisch war diese Entscheidung wohl schwerlich von Bedeutung, da der Mordversuch mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren und die Beibringung von Giftstoffen einfach mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bedroht ist. Das Gericht wäre auch wohl im Falle der Verneinung der ersten und Bejahung der zweiten Frage kaum unter drei Jahre Zuchthaus heruntergegangen. Immerhin zeigt dieses Beispiel wieder einmal treffend, daß die „Wahrsprüche" der Geschworenen immer mehr oder minder Zufallsentscheidungen sind, die aber gewöhnlich zu Ungunsten des Angeklagten ausfallen. Der Staatsanwalt beantragte gegen L. eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren. Das Urteil lautete auf 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Strafkammer.

Noch aus den Kapptagen.

Die Arbeiter Th. und Fr. waren am 23. März 1920 nach dem Kampfe am Hettstedter Bahnhof mit drei anderen Arbeitern nach Völbergerweg entlanggegangen. Vor dem Hause des Kriminalwachtmeisters Sorg blieben sie stehen, während die drei Andern kannten in dessen Wohnung gingen, um nach Waffen zu suchen. Dabei nahmen diese einige Kleidungs- und Wäschestücke mit. Als sie wieder auf die Straße kamen, waren Th. und Fr. schon fortgegangen. Nach einer Weile trafen sie jedoch Th. und gaben ihm einen Teil der Sachen davon, wovon Th. seinerseits einige Stücke an Fr. weitergab. Daraufhin wurden Th. und Fr. wegen Landfriedensbruchs angeklagt. Als politisches Vergehen mußte dieses „Landfriedensbruch" jedoch unter die Amnestie vom August 1920 fallen. Das Gericht sah die Tat deshalb als Hehlerei an und verurteilte Th. zu 9 Monaten und Fr. zu 5 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte gegen jeden Angeklagten 1 Jahr Gefängnis beantragt.

Aus Not zwei Kassen in Anspruch genommen.

Der Arbeiter Ernst A. aus Leipzig erkrankte während einer Notlage und mußte bei den fürstlichen Bezügen an Krankengeld (15 Mk. in der höchsten Klasse!) noch mehr ins Elend geraten. Da kam er auf den Plan, sich außer bei der für ihn zuständigen Kappfschen Krankenkasse noch bei einer anderen auf den Namen Fritz Lorenz (eines dort Versicherten) krank zu melden. Dadurch empfing er dreimal Beträge von 126 Mk., 180 Mk. und 36 Mk. Das Gericht verurteilte ihn zwecks Linderung der Notlage zu 4 Monaten Gefängnis.

Für Rheumatiker und Nervenleidende!

„Glänzender Erfolg mit Togal."

Herr Georg Mattke i. F. schreibt u. a.: „Nur mit schwerem Herzen habe ich mich dazu entschließen können, Ihre Togal-Tabletten einzunehmen, da ich von jeher ein Feind aller Präparate und Medikamente war. Aber da ich es vor Schmerzen — ich leide an rheumatischen Schmerzen in Muskeln und Gelenken — nicht mehr aushielt und viel von der Wirkung des Togal erfahren hatte, habe ich doch zu diesem greifen. Der Erfolg war ein glänzender. Meine Schmerzen hörten recht schnell los geworden. Ich glaube kaum, daß es ein besseres Mittel gibt und kann ich allen, die dieses Leiden haben, Togal aufs wärmste empfehlen." Beglaubigt Sie den Rat von Herrn Mattke, Sie werden sicher keine Enttäuschung erleben. Togal hat sich geradezu hervorragend bei Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Gicht, sowie bei Nerven- und Kopfschmerzen bewährt. Ärztlich empfohlen! In allen Apotheken erhältlich. *1243

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211008-11/fragment/page=0006

Wirtschaftliches.

48 000 000 organisierte Arbeiter!

Eine außerordentlich lehrreiche Uebersicht über die rasche Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern bringt die reichhaltige Monatsschrift des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, die leider nur in englischer und französischer Sprache erscheint. Wenngleich die Angaben in einigen Fällen auf Schätzungen beruhen, so zeigen sie doch, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich in dem Zeitraum von 1913 bis 1920 verdreifacht hat.

Land	1913	1919	1920
Südafrika	(a)	60 000	60 000
Deutschland	4 513 000	11 900 000	13 000 000 *
Argentinien	(a)	476 000	750 000
Australien	493 000	628 000	681 000
Oesterreich (neues)	250 000 *	893 000	836 000 *
Belgien	200 000	715 000 *	920 000
Bulgarien	30 000 *	35 000	36 000
Kanada	176 000	373 000	374 000
Dänemark	132 000	300 000	400 000 *
Spanien	(a)	876 000	876 000 *
Vereinigten Staaten Amerika	2 722 000	5 047 000	5 179 000 **
Finnland	28 000	41 000	59 000
Frankreich	1 027 000	2 500 000	2 500 000 **
Griechenland	(a)	170 000	170 000 **
Ungarn	115 000 *	212 000	243 000 *
Indien	(a)	500 000	500 000 *
Italien	972 000	1 800 000	3 100 000
Japan	(a)	247 000	247 000 *
Norwegen	64 000	144 000	142 000
Neu-Seeland	72 000	83 000	83 000 **
Niederlande	180 000	457 000	668 000
Polen	(a)	350 000 *	947 000
Portugal	(a)	100 000	100 000
Rumänien (altes)	10 000	75 000 *	90 000
Großbritannien	4 173 000	8 024 000	8 024 000 **
Rußland	(a)	3 639 000	5 220 000
Serbien (einstiges)	9 000	20 000	20 000 **
Schweden	186 000	358 000	400 000 *
Schweiz	95 000 *	200 000 *	292 000
Tschechoslowakei	(a)	1 101 000	2 000 000 *
Gesamtschätzung der 20 Länder	16 152 000	42 040 000	48 829 000

(a) Keinerlei Auskunft zu erhalten. * Schätzung nach unvollkommenen Quellen. ** Summen von 1919.

Von diesen 48 Millionen organisierter Arbeiter gehören über 22 Millionen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale an. Welch ein Machtfaktor könnten diese 48 Millionen Arbeiter sein, wenn sie einig wären und wenn sie ihre gewaltige Macht für die Erkämpfung besserer Verhältnisse in die Wagschale werfen würden. Sie könnten mit einem Schlag mit der internationalen Reaktion und der kapitalistischen Ausbeutung aufräumen. Jetzt, besonders unter Führung der Amsterdamer Internationale, ist dies leider noch nicht der Fall. Aber das Erwachen der Arbeiter geht mit Riesenschritten vorwärts und bald wird der Riese Proletariat aufwachen, sich recken und mit einer Handbewegung das kapitalistische Ausbeutertum von sich abstreifen.

Neues aus aller Welt.

Verhaftete Eisenbahnräuber. Aschersleben, 6. Oktober. (TU.) Eine Diebesbande, bestehend aus etwa 40 Arbeitern und Beamten, die schon seit längerer Zeit systematisch Eisenbahnzüge beraubten, ist jetzt verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Der Fiskus ist durch diese Bande um Riesensummen, deren genaue Höhe noch nicht festgestellt ist, geschädigt worden.

Brand einer französischen Zuckerfabrik. (TU.) Marseille, 7. Oktober. Nachts brach in dem Gebäude der Zuckerfabrik Saint Louis im Vorort Cabucelle Großfeuer aus, das die 3 Millionen kg dort lagernden Zuckers zu vernichten drohte. Das Feuer nahm große Ausdehnung an und um Mitternacht war die Feuerwehr noch nicht Herr der Flammen.

Einstein in Bologna. (TU.) Rom, 7. Oktober. Professor Dr. Einstein hält vom 22. bis 24. Oktober Vorlesungen in der Universität Bologna. Die philosophische und naturwissenschaftliche Fakultät bildete ein Ehrenkomitee zum Empfang Einsteins.

Eisenbahnzusammenstoß. Madrid, 7. Oktober. Der Expreßzug Cadix-Sevilla stieß mit einem Militärzug zusammen. Es gab einige Tote und Verwundete.

Neue Druckschriften.

„Das hungernde Rußland und das satte Europa" von Leo Trotzki. Am 30. August 1921 hielt Leo Trotzki in der Vollversammlung des Moskauer Sowjets eine aufsehenerregende Rede, die in Auszügen durch die ganze Weltpresse ging. Gerade zur rechten Zeit, zur Unterstützung der internationalen Hilfs- und Sammelwoche im Oktober erscheint diese Rede zum ersten Male vollständig als Broschüre im Malik-Verlag, Berlin-Halensee, herausgegeben vom Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland.

Diese Rede enthält eine meisterhafte Schilderung der gegenwärtigen Handels- und Industriekrise, die gleichzeitig mit der russischen Hungersnot zusammenfällt. Trotzki rechnet mit überlegenem Hohn mit den russischen Emigrantenkreisen ab, in denen „Jahrmarktsbude und Irrenhaus" dicht nebeneinander stehen. Diese Kreise und ihre Presse glauben wieder einmal, ihre Stunde und damit der Sturz der Sowjetregierung sei gekommen. Er entlarvt ihre dummen Lügen und Verleumdungen und deckt zugleich die Fäden auf, die die Emigrantenkreise mit der rumänischen, polnischen und französischen Regierung verknüpfen, entlarvt die neuen Kriegsvorbereitungen an der rumänischen und polnischen Grenze und ist, wie jede Rede oder Broschüre Trotzkis, ein stilistisches Meisterwerk voller Tiefe und Schärfe.

Für die Oktobermoche ist die neue Broschüre Trotzkis Waffe und Aufklärungsmaterial zugleich. Der billige Preis, das Exemplar zu 1.50 Mark, wird ihr neben den anderen Vorzügen die weiteste Verbreitung sichern. Der Reinertrag dieser Broschüre ist für die Hungernden in Rußland bestimmt. Da die Auflage sehr bald vergriffen sein wird, erbitten wir sofortige Bestellung an das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland, Berlin C., Rosenthalerstraße 38.

DUNLOP
Gummibereifung
Die Weltmarke bürgt für Qualität!
1232

Sind Lungenleiden heilbar?
Bei Asthma, Lungen- u. Kehlkopftuberkulose, Schwindsucht, Lungenspitzen-Katarrh, veraltetem Husten, Verschleimung, lang bestehender Heiserkeit lese jeder die Broschüre mit obigem Titel. Der Verfasser, Herr Dr. med. Guttmann, Chefarzt der Finsenkuranstalt, zeigt darin in volksverständlicher Weise, natürliche Wege zur Beseitigung dieser schweren Leiden. Jeder Kranke erhält diese Broschüre auf Wunsch vollständig umsonst. Man schreibe nur eine Postkarte an Puhlmann & Co., Berlin, 478. Müggelstraße 25a.
*1252

Das beste Küchenhilfsmittel ist MAGGI's Würze
Einzig in Feinheit des Geschmacks, in Ausgiebigkeit und deshalb Billigkeit.
*1240
Vortheilhaftester Bezug in großen Originalflaschen Nr. 6; man achte auf unversehrten Plombenverschluß.

Geschlechtskranke! Verlangen Sie sof. [*1211 aufklärende Broschüre über Syphilis und Harnröhrenleiden. Mannesschwäche, üb. schnelle, gründl. u. dauernde Heilung ohne Quecksilber, Salvarsan u. and. Gifte, ohne Berufsstörung. u. gefahrl. Nachkrankheiten eines neuen Heilverfahrens. Jeder, der obige Krankheiten beseitigen u. sich vor jeder Leug. Siechtum schützen will, bestelle noch heute d. Schrift, 116 S., Preis M. 5.—, Porto u. Nachn. extra u. verschl. Umschlag. Lütegia-Verlag, Cassel 206.

Zur internationalen Hilfswoche vom 9. bis 16. Oktober.
Neuerscheinung: F
L. Trotzki: Das hungernde Rußland und das satte Europa. Rede in der Vollversammlung des Moskauer Sowjets. Preis brosch. 1,50 Mark.
In 2. Auflage erschien: Sowjet-Rußland und seine Kinder. Mit vielen Photographien und Beiträgen bekannter Schriftsteller. Preis 2 Mark.
Früher erschien: Rußland in Not! Helft! Zeichnungen von Käthe Kollwitz und Georg Groß. Viele Photographien, Beiträge aus Westeuropa und Rußland. Preis 3 Mark.
Reinertrag sämtlicher Broschüren für die Hungernden in Sowjet-Rußland.
Auslieferung: Der Malik-Verlag :: Berlin-Halensee.

Sparkasse der mitteldeutschen Bauzentrale, gemeinnützige Zentralgenossenschaft für das mitteldeutsche Baugewerbe, verzinst Einzahlungen bei der Verbandsbank gewerblicher Genossenschaften Halle an der Saale, Große Märkerstraße 15, mit fünf Prozent. 1231

Zahle Geld zurück! Prachtvolle Büste erhalten Sie in kurzer Zeit nur durch mein bekanntes u. bewährtes „Allerbest". Gibt volle, feste Figur. Beeinträchtigt weder Taille noch Hüften. Leichte äußerliche Anwendung. Großartige Anerkennungen u. meine eigene Erfahrung beweisen die Vorzüglichkeit. Es ist seit Jahren erprobt das „Allerbeste". Garant. unschädlich. Diskrete Zusendung nur allein durch Frau Emma Fischer, Berlin-Wilmersdorf 166, Kaiser-Allee 168.
Komplette Methode mit Spezialapparat 20 Mk. Große Dose Allerbestcreme 14,25 Mk. Einfache Quant. 9,75 Mk. Dankschreiben vom 1. Juni 20: Mit dem Erfolge bin ich sehr zufrieden, ich wollte ich hätte schon früher Ihr „Allerbest" benutzt, dann hätte ich viel Geld sparen können. Frau V. aus A.
*1251

Ansichtskarten empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42|44.

Nur für Wiederverkäufer!
Erstklassige prima sächsische
Filzwaren aller Art und Lederpantoffeln
(durchgenäht — gepolstert — holzgenagelt) bietet laufend zu billigsten Preisen an Grosvertrieb und Lager
Georg Cohn :: Halle (Saale)
Steinweg 24. *1221 Fernruf 2891.

Restaurant Produktiv-Genossenschaft
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
empfiehlt seinen vorzüglichen
Mittag- und Abendtisch
sowie zur Benutzung fein kleines u. großes Sitzungszimmer
Glas Bier 1,80

Tapeten Linoleum
Wachstuche
kauft man am billigsten bei
Tapeten-Rapsilber,
Gr. Steinstrasse 82.
3542

„Fledermaus"
Gr. Ulrichstr. Nr. 44. Gr. Ulrichstr. Nr. 44.
Erstklassige Wein- u. Likörstuben.
Barbetrieb. Dezente Musik.
Fernsprecher 4913. *1245 Bruno Krüger.

Tanzkontroller :-: Tanzblumen, Eintritts-, Garderobe- und Kellnerblocks, Tombola-Lose sowie alle Fest- und Scherz-Artikel in großer Auswahl.
Paul Lange, Merseburger Str. 168.
Nähe Richeckplatz. 3555

Vertrauliches, allerbestes Haus! 1222
Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!
1 Pfund graue, gute Halbschlaffedern 9 Mk., halbweiße flaumige 10 bis 12 Mk., weiße flaumige, geschliss. 18, 20 u. 25 Mk., schneeweißer Herrschaftsschleiß (Halbfl.) 30, 35, 40 u. 45 Mk., ungeschlissene weiße flaumige 27 u. 34 Mk., allerfeinste 40 Mk.
Daunen, graue feine, 35 u. 40, weiße 60 Mk., feinster Brustflaum 75 u. 80 Mk. versend. zollfr. geg. Nachn.
Wenzl Fremuth, Descheritz 126 (Böhmen).
Nichtpass. wird umgetauscht oder Geld zurück.
Ausführliche Preisliste gratis.

Hausfrauen!
Kauft nur in den Geschäften, welche im „Klassenkampf" inserieren.

Auf Teilzahlung
Küchen
Schlafzimmer
Speisezimmer, Herrenzimmer
Polster-Möbel :: Federbetten
Kleiderschränke, Vertikos, Bücherschränke, Schreibtische, Standuhren, Flurgarderoben
Bettstellen, Matratzen, Polstermöbel, Tische, Stühle, Spiegel
Bequeme Zahlungsweise, die mögl. nach Wunsch der Käufer eingerichtet wird.
Eichmann & Co.,
Gr. Ulrichstr. 51
Eingang Schulstr.
3551

Matratzen
Bettstellen 1227
Chaiselongue
nur gute solide Ware kauft man am billigsten beim direkten Hersteller
Matratzenfabrik
E. Maß Charlottenstr. 9 p. Fernsprecher 3521
Wiederverk. erh. Vorzugspreise.

Sommersprossen beseitigt über Nacht „Taint frei" . . ℳ 32,—
Gallensteine beseit. ohne Operation „Enzona" . . . . . ℳ 48,—
Mitesser, Hautunreinigkeiten verschwind. über Nacht d. „Bara" ℳ 65,—
Volle Büste erhalten Sie nur durch Büstenwasser „Notto" ℳ 52,—
Ueppigen Haarwuchs erzeugt „Lona", keine Glatze mehr! . ℳ 75,—
Hautjucken und Krätze verschwinden sofort „Pasta Klara" ℳ 23,—
Zahlreiche Dankschreib. Garantie! Bei Nichterfolg Geld zurück.
Versand diskret durch Laboratorium.
F. Müller, Heilkundiger, Bremen, *1228
Gr. Krummenstr. 28.
Sprechstunden: 9—10 und 3—4 Uhr.

Trauring-Zentrale jetzt Leipziger Straße 1.
1223
Eigene Fabrikation, daher billigste Bezugsquelle.
Werkst. m. elektr. Betrieb.
R. Voss,
Gold- u. Juwelen-Fabrik.

Filz- u. Holz-Pantoffeln.
Großes Lager! Bill. Preise!
Max Fricke,
Trothaer Straße 69.
Fernsprecher 3585. 1236

Vorwärtsstrebende und Erfinder
gute Verdienstmöglichkeiten? Aufklärung und Anregung gebende Broschüre: Ein neuer Geist? sendet gratis *1166
F. Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Straße 71.

Holz-Pantoffeln
en gros 1237 detail
nur prima Leder
liefert preiswert
Otto Ladecke,
Holzpantoffelfabrik,
Halle, Mansfelder Str. 47.
Wiederverk. erh. Vorzugspreise.

Hosenträger
durchweg Gummi
Paar 900 Mark.
Leipziger Bazar,
Leipziger Straße 17.
1223

Dauerwäsche
wird wieder zur Reparatur angenommen.
Dauerwäsche-Vertrieb.
Kl. Berlin 2.
3154

Hygienische und sanitäre Bedarfsartikel.
Preisliste gratis durch Versandhaus „Rheinland" Essen-Ruhr, Postfach.
*1220

Kleine Anzeigen haben im „Klassenkampf" den besten Erfolg.

Eine TAT
Für die revolutionäre Arbeiterschaft im Bezirk Halle-Merseburg, die in dieser Größe und Stärke noch von keiner Körperschaft erreicht worden ist, stellt ohne Zweifel die Produktiv-Genossenschaft fördern Bez. Halle-Merseburg e. G. m. b. H. dar. Helfe mit, werde Mitglied und zeichne sofort Deiner Anteilschein

Bettnässen. *1224
Befreiung sof. Alter u. Geschlechtangeb. Attsk. erteilt Versandhaus Wohlfahrt, Münch. 34, Winthirstr. 33.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211008-11/fragment/page=0007

Leben – Wissen – Kunst

Licht.

7 **Roman von Hermynia Zur Mühlen.**

Achtes Kapitel.

Martha Tussek hob den kleinen dunklen Kopf von der Nähmaschine und blickte stirnrunzelnd zum Fenster hinaus. Durch den lauen Frühlingsabend torkelten Arm in Arm zwei Gestalten — Fritz Brauner und Andreas Merz. Sie kamen aus der Schenke, strebten schwankend dem Kiefernwäldchen zu.

Das Mädchen legte die Hand auf das Rad, trat mit den Füßen. Surrend, schnurrend setzte sich das Rad in Bewegung, lief, erst langsam, dann immer rascher, bis es vor den Augen der Näherin zu einer gleißenden, schwarzgeflickten Scheibe zerfloß. Der helle Stoff flog unter der Nadel dahin, bauschte sich wogend auf dem Fußboden.

Das Surren des Rades begleitete Martha Tusseks Gedanken, die immer wieder von irgendeinem Handgriff unterbrochen wurden. „Andreas Merz trinkt, ist fast täglich betrunken . . . jetzt, da der alte Peter Löhr tot ist, kümmert sich niemand mehr um den Burschen . . . Man müßte mit ihm reden, er ist ein kluger Junge, schade um ihn . . . Es ist ja auch ganz begreiflich, daß er trinkt, hat er doch keine andere Freude im Leben . . . „Des Mädchens Fuß trat hastiger auf das Brett, der Faden riß. Sie beugte sich vor, kniff die Augen zusammen, fädelte von neuem ein. Abermals liefen die Gedanken zusammen mit dem schnurrenden Rad. Haben sie doch alle keine andere Freude im Leben, diese Arbeitstiere, diese Kinder der Dunkelheit und des Elends. Ihnen ist der Alkohol, was anderen, glücklicheren, die Schönheit der Welt, die Freuden der Kunst und des Wissens sind. Die ersten Gläser Schnaps heben der Müdigkeit Bleigewichte von ihren Gliedern, sie fühlen sich stark, frisch, die weiteren Gläser peitschen das träge Blut auf, erfüllen das Herz und Hirn mit sinnloser und dennoch beglückender Freude. Freilich nicht bei allen . . . Martha Tussek dachte an ihren Vater, den Schmied, den nach drei Gläsern das graue Elend überwältigte, so daß er laut heulend in einer Ecke hockte, jeden Kummer, jedes Ungemach seines ganzen Lebens an den Fingern herzählend.

Wie oft hatte sie als Kind der trostlosen Litanei gelauscht: „Meine gute Frau, wie früh hab ich sie verlieren müssen. Im Wochenbett starb sie, beim sechsten Kind, durch meine Schuld. Der Arzt hatte mir gesagt, sie dürfe nicht mehr gebären, würde sonst sterben. Da hatte ich Streit mit dem Werkmeister, ging in Zorn zur Schenke, trank und trank. Sie weinte, da ich heimkam, bat, ich war ein wildes Tier, riß ihr die Kleider vom Leib . . . Im Wochenbett ist sie gestorben . . . Mit der Axt hab ich mir den Fuß zertrümmert, im Trunk, nun muß ich ewig hinken, kann bloß die halbe Arbeit tun . . . Meinen Aeltesten haben sie mir fortgenommen, zum Militär. Er war ein tüchtiger Bursche, verdiente schon ein schönes Stück Geld. Der Krieg kam, der Krieg gegen die Franzosen. Was geben mich die Franzosen an? Mein Sohn ist gefallen . . . Als „Held" schrieb mir sein Hauptmann. Konnte der tote „Held" mir helfen, die fünf Mädchen ernähren? . . ."

Stundenlang jammerte der Schmied derart vor sich hin, bis er endlich auf den Tisch sank und einschlief.

Die schwarzen Traurigkeiten, die aus des Schmiedes Trunkenheit klagten, hatten auch Marthas Leben verdüstert. Sie war die jüngste der fünf Kinder, die einzige, die bei dem Vater geblieben war. Bis zu ihrem vierundzwanzigsten Jahr hatten sie in einem kleinen ostpreußischen Städtchen nahe an der russischen Grenze gelebt. Die Schwestern waren als Landarbeiterinnen auf benachbarte Güter gegangen, selten heimgekommen. Martha war für diese Arbeit nicht stark genug gewesen. Ein einziger Wunsch hatte ihre Mädchenjahre beseelt: Lehrerin werden, von Kindern umgeben sein, denen sie Wissen zu schenken vermochte. Aber hierzu fehlte das Geld. Der Vater trank immer mehr, verdiente immer weniger; sie mußte zum Haushalt beisteuern. Sie erlernte das Schneidern. Ihre frische Jugend glitt in unzählige Stiche hinüber, verlor sich in weißen und farbigen Stoffen, im Surren der Nähmaschine. Von morgens bis abends bewegten ihre Füße das Trittbrett, hingen ihre Augen an der Spur der Nadel, berührten ihre Hände gleitende Stoffe. Die kleine kahle Stube, die Nähmaschine waren ihre Welt.

Da sie achtzehn Jahre zählte, kam etwas neues in ihr Leben. Ein Fremder erschien in der kleinen Stadt, ein junger Russe, der bei ihrem Vater Arbeit nahm. Er wohnte im gleichen Haus, und bald entspann sich zwischen den beiden jungen Menschen innige Freundschaft. Boris Merschowski riß die Mauern nieder, die des Mädchens kleine Welt einzäunten, zeigte ihr eine lebende, gefolterte, tätige, eine, trotz Qual und Unterdrückung, einer goldenen Zukunft zustrebende Welt. Sie hatte um nichts gewußt, als um das enge Dasein ihrer vier Wände, durchsummt vom eintönigen Lied der Nähmaschine, und des Vaters Schmiede, vom Eisenklang durchhallt. Leben hatte für sie Arbeit bedeutet, tagaus, tagein die gleichen Bewegungen an der Nähmaschine, die ewige Sorge, ihr des Vaters Trunksucht könnte noch stärker werden. Der Nachbarn Leben glich dem ihren, eintönig, arbeitsbeschwert. Und nun war ein Mensch gekommen, der vor ihren staunenden Augen Bild um Bild vorbeiziehen ließ, der ihrem hungrigen Geist Nahrung brachte, ihrer verkümmerten Seele ein Ideal.

Boris Merschowski hatte zu der Gruppe der Narodnaja Wolja (Volkswille) gehört, die im März 1881 das Attentat auf den Zaren Alexander II. ausführte. Er erzählte dem Mädchen von den Kämpfen der Narodnaja Wolja, die alle nur von dem einen Wunsch beseelt waren: das Volk aus der Knechtschaft und dem Elend zu erlösen. Martha lauschte mit schier verzücktem Staunen; es gab also Menschen, die sich um das Los der Aermsten und Hilflosesten kümmerten, gab eine Hoffnung für die Sklaven der Arbeit. Was sie dunkel geahnt hatte, nahm unter Boris Merschowskis Worten greifbare Gestalt an, ihr war, als taste sie sich vorwärts durch einen langen nachtschwarzen Gang, in weiter Ferne aber schimmert ein Licht.

Der „Volkswille", der Wille des Volkes zur Urgerechtigkeit und Freiheit. Im Namen dieses Willens waren viele in den Tod gegangen, schmachteten Unzählige in den Gefängnissen, in den Bergwerken, in Sibirien. Doch traten andere an ihre Stelle, die Kette, die von Rußland ausgehend, die ganze Welt umspannen sollte, riß nicht, auch wenn einzelne ihrer Glieder zerbrochen wurden.

Unter Boris Merschowski Einfluß erwachte Marthas reger Geist; sie zwang die Zeit, lernte, las, verwandelte sich allmählich völlig.

Ein Jahr später kehrte der junge Russe in seine Heimat zurück, und sie hörte nie mehr von ihm, aber seine Lehren blieben in ihr lebendig.

Da Martha vierundzwanzig Jahre zählte, verließen sie und ihr Vater die kleine ostpreußische Stadt, zogen ins Kohlenrevier.

Hier, in der schwarzen Welt sah das Mädchen Armut und Not in noch düsteren Farben. Hoffnungslos erschienen ihr diese Menschen, die, von harter Arbeit vertiert, nicht einmal den Wunsch hegten, sich aus ihrem Elend zu befreien, nicht einmal die Kraft besaßen, sich gegen ihr Los aufzulehnen.

Martha hatte versucht, sich den Frauen zu nähern, in ihnen gerechte Empörung, das Verlangen nach einer Umwälzung wachzurufen. Betroffene, verständnislose Blicke waren die einzige Antwort gewesen, Jammern, seufzendes: „Was können wir tun?" Unfaßbar erschien diesen in ihr eigenes persönliches Elend verstrickten Menschen das Gefühl der Solidarität, des Zusammenhaltens. Was ging sie der andere an? Hatten sie nicht an der eigenen Not genug zu tragen? Freilich sind sie zahlreicher als die Reichen, aber auch schwächer, den höheren Beamten, dem Grubenbesitzer völlig ausgeliefert. Wer wollte sich der Gefahr aussetzen, entlassen zu werden? Die Kinder mußten leben.

Beim alten Peter Löhr war Martha Tussek häufig mit Andreas Merz zusammengekommen, hatte geglaubt, in dem Burschen einen Menschen zu finden, der für ihre Ideen Verständnis hätte. Auch Fritz Brauner, dessen ewiger grimmiger Spott heimliche Bitternis und Empörung verrieten, hätte die Lehren des neuen Evangeliums begreifen müssen. Aber nun verbrachten die beiden Burschen jede freie Stunde in der Schenke, suchten im Rausch das Glück zu finden, dessen sie beraubt worden waren.

Heißes Mitleid mit den Menschen dieser schwarzen Welt erfaßte das Mädchen, leidenschaftliche Sehnsucht, ihnen zu helfen.

Der Abend war gekommen. Martha Tussek erhob sich, legte die Arbeit beiseite und trat ans Fenster. Gröhlend, brüllend zog eine Schar Burschen an ihr vorüber, torkelte halb betrunken dem Kiefernwäldchen zu.

Neuntes Kapitel.

An einem strahlenden Frühlingstag begegnete Martha Tussek Andreas Merz. Sie blieb stehen.

„Wohin gehen Sie, Andreas?"

„In die Schenke."

„Kommen Sie mit mir, ich mache heute Feiertag, mich sticht's zu sehr in der Brust. Wir wollen ein wenig spazieren gehen."

Er schaute sie prüfend an, grinste höhnisch. Also auch die? Tiere waren diese Weiber, widerliche geile Tiere, rannten den Männern nach, wie läufige Hündinnen. Schier empfand er Enttäuschung; dieses Mädchen hatte ihm anders erschienen als die anderen.

Er schritt neben ihr her, schwerfällig die Füße schleppend, die breiten Schultern gebeugt. Blinzelnd kniff er die Augen zu, haßte das ihn schmerzende Sonnenlicht. Sie strebten schweigend vorwärts, setzten sich dann unter eine große Buche.

Andreas Merz blickte unter halbgeschlossenen Lidern, lauernd auf das Mädchen. Nun wird sie ihm gleich um den Hals fallen, ihn gierig küssen, mit heißen, feuchten Lippen. Schier wie ein Schlag traf ihn die gelassene, sanfte Stimme: „Weshalb trinken Sie, Andreas?"

Er riß die Augen auf, was wollte sie denn eigentlich, was ging es sie an? Hatte sie etwa vor, ihm eine Predigt zu halten?

(Fortsetzung folgt.)

Streik der „Lebenswichtigen".

Zu dem Streik der 40000 Gastwirtsangestellten in Berlin bringt die „Rote Fahne" folgende hübsche Satire:

Der dicke Bourgeois (ist eben aus dem Auto gestiegen und hat im Restaurant Platz genommen): „Ober!"

— — — — — — — — — — — — — — — — —

„Ober! Ober! — — Na, was ist denn da los, Herr Wirt?"

Der Wirt (kommt aus dem Nebenzimmer gestürzt): **Mein Herr — —**

Der Bourgeois: Ich rufe schon zwanzigmal nach ihrem Ober, aber der Kerl scheint zu schlafen, was!

Der Wirt: Bedaure, die Kellner stehen im Streik! Jawohl, haben die Arbeit niedergelegt, bedienen nicht mehr!

Der Bourgeois (perplex): Nanu, so was! Die Kellner streiken — sie sind wohl verrückt geworden. Na, sollen es zu fühlen bekommen. Na, dann bemühen Sie sich eben — bringen Sie mir ein — —

Der Wirt: Bedaure unendlich, mein Herr, aber die Köche streiken auch.

Der Bourgeois: Was, wie? — —

Der Wirt: Und die Küchenmädchen streiken und die Zimmermädchen und die Hausdiener — alle haben mich im Stich gelassen.

Der Bourgeois: Was wollen denn die Leute, die sind ja ganz und gar des Teufels?

Der Wirt: Feste Entlohnung wollen sie, die Kellner —

Der Bourgeois: Was, feste Entlohnung — bei den Trinkgeldern, die die Leute bekommen. Was sonst noch!

Der Wirt: Geregelte Arbeitszeit. —

Der Bourgeois: Was, Achtstundentag wohl. Das ist doch keine Arbeit, Bedienung bei Tische — ein reines Vergnügen. Na, Sie waren aber nicht schlau genug, mein Lieber. Sie hätten dem Küchenpersonal wenigstens ein paar Pfennige Lohn mehr geben sollen, dann konnten die Kellner streiken bis sie schwarz werden. Und nachher . . . Sie verstehen doch?

Der Wirt: Haben wir doch versucht, haben mehr gemacht, hat das alles nichts genützt. Das Personal erklärt sich solidarisch —

Der Bourgeois: Solidarisch — — —

Der Wirt: Jawohl, solidarisch, und das Dienstmädchen von Herrn Weinhändler Planschert, das bei uns in der Küche aushelfen sollte, hat ebenfalls Streikarbeit verweigert und gesagt, sie übe Solidarität —

Der Bourgeois: Ein Dienstmädchen Solidarität —!

Der Wirt: Ja, und die Frau Wirtin kann allein nichts machen in meiner Küche, sie ist — ist — zu umfangreich — sozusagen, Arbeit nicht mehr gewöhnt, — ich glaube — ich muß bewilligen —

Der Bourgeois: Um Gotteswillen — Nicht bewilligen! Solidarität, Kellner, Dienstmädchen, Köche — solidarisch — Herrgott — nicht bewilligen! Holen Sie die Schupo!

Hermann Boßdorf: De Fährkrog.

Gastspiel der Niederdeutschen Bühne Hamburg.

Thalia-Theater.

Zuerst klagte meine reine Seele: „Unglückliche! Da zogst du aus gen St. Pauli und fielst unter die Bürger!" **Warum?**

Eine hochdeutsche Gedenkrede von überraschender Plattheit leitete den Abend ein. Ich will ununtersucht lassen, ob diese Plattheit etwa ein unbestreitbarer Erfolg der vom Redner (O. Schabbel) beklagten geistigen Nivellierungsversuche unserer Zeit war, sondern nur kurz feststellen, daß die Gedenkrede ebenso wie der Vorspruch mit dem Vorwegnehmen der Ausdeutung des Spieles sich als sehr starke Belastungsprobe meiner Geduld erwies. „De Fährkrog" bedarf der Uebersetzung ins Symbolische nicht. In seiner derben Gegenständlichkeit ist er höchst unproblematisch. Wir weder Gott noch Teufel, weder Leben noch Tod fürchtenden Menschen dieser nivellierungssüchtigen Zeit, wir wissen auch ohne gütliches Zureden, wie's gemeint ist. Ewigkeitsperspektiven wie etwa in Gerhart Hauptmanns „Fuhrmann Henschel" finden wir im „Fährkrog" freilich nicht. Dafür finden wir etwas anderes.

•

Eine gemütliche Spelunke. Gast und Knecht geht's um die Magd, Wirtin und Magd um den Gast, dem Wirt ums Gld und um den Suff. Diese nicht eben originelle Interessenverteilung ergibt ein originell-naives Gegeneinanderspiel voll ergötzlichen Lebens mit schaurig ernster Maske. Sparsamer Gebrauch von Messer und Pistole erzeugt herrliche Spannungsmomente. Man muß nicht unbedingt Kind vom Geiste St. Paulis sein, um so etwas äußerst unterhaltend zu finden. Besonders wenn so gut gespielt wird, und es wurde sehr gut gespielt. De Kröger (Richard Ohnsorg) und de Knecht (John Bröer) waren unglaublich echt.

•

Es lohnte sich, mit einer Plakatstange durch Halle zu ziehen, um ein möglichst zahlreiches Publikum ins Thalia-Theater zu locken. Heute geht dort „Mudder Mews" in Szene. Hoffentlich — die Kinobesitzer werden das ausnahmsweise einmal entschuldigen! — bei Massenbesuch. Wer mich kennt, weiß, daß ich keinem Menschen, vor allem keinem meiner Leser Langeweile wünsche und wird vertrauensvoll die Abendkasse stürmen helfen.

H. Leid.

Das Erbe der großen französischen Revolution.

Von Peter Krapotkin.

Aus dem Werk „Die französische Revolution" (Theodor Thomas Verlag, Leipzig), dessen Studium wir unseren Lesern empfehlen. D. R.

Das Werk der französischen Revolution beschränkte sich nicht auf das, was sie erreicht hat und was sich in Frankreich gehalten hat; es ist auch in den Prinzipien enthalten, die sie dem kommenden Jahrhundert vermacht hat, in dem Markzeichen, das sie für die Zukunft gesteckt hat.

Eine Reform bleibt immer ein Kompromiß mit der Vergangenheit; aber ein Fortschritt, der auf dem Wege der Revolution vollzogen wurde, ist immer ein Versprechen neuer Fortschritte. Die große französische Revolution zieht das Ergebnis aus einem Jahrhundert der Evolution und stellt zugleich das Programm der Evolution auf, die sich im ganzen Lauf des 19. Jahrhunderts vollzogen hat. Es ist ein Gesetz der Geschichte, daß die Periode von 100 bis etwa 130 Jahren, die zwischen zwei großen Revolutionen verstreicht, ihren Stempel von der Revolution aufgedrückt erhält, mit der diese Periode eingesetzt hat.

Die Völker bemühen sich, das Erbe, das ihnen die letzte Revolution vermacht hat, in ihren Einrichtungen zu verwirklichen. Alles was sie nicht in die Wirklichkeit umsetzen konnte, alle die großen Ideen, die während des Sturms in Umlauf gesetzt wurden, und die die Revolution aus den oder jenen Gründen nicht lebendig machen konnte, all die Versuche zu sozialem Aufbau, die während der Revolution an den Tag gekommen sind, — all das ist in der Epoche, die der Revolution folgt, der Inhalt der Evolution. Es kommen nun all die neuen Ideen hinzu, die diese Evolution bei dem Versuch gebiert, das ererbte Programm des letzten Sturmes in Wirklichkeit zu verwandeln. Dann entsteht in einer anderen Nation eine neue große Revolution und diese stellt wiederum das Problem für das folgende Jahrhundert auf.

So war bis heute der Gang der Geschichte.

Zwei große Errungenschaften bezeichnen in der Tat das vergangene Jahrhundert. Beide haben ihren Ursprung in der französischen Revolution, die ihrerseits wieder das Werk der englischen Revolution aufgenommen und es erweitert und um den ganzen Fortschritt bereichert und belebt hatte, der vollbracht worden war, seit das englische Bürgertum seinen König enthauptet und die öffentliche Gewalt in die Hände des Parlaments gelegt hatte. Diese beiden großen Errungenschaften sind die Abschaffung der Leibeigenschaft und die Abschaffung der absoluten Monarchie, und durch sie hat das Individuum persönliche Freiheit erlangt, von denen der Leibeigene und der Untertan des absoluten Königs nicht zu träumen gewagt hatten, und sie haben zugleich zur Entwicklung der Bourgeoisie und des Kapitalismus geführt.

Sie stellten das Hauptwerk des 19. Jahrhundert vor, das im Jahre 1789 in Frankreich begonnen und sich im Laufe des Jahrhunderts, das wir hinter uns haben, langsam über Europa verbreitet hat.

Der absolute Monarch und der Grundherr — der Herr des Bodens und der Bauern, auf Grund seines Geburtsrechtes — sind verschwunden. Das Bürgertum herrscht in Europa.

Aber zugleich hat uns die große Revolution andere Prinzipien hinterlassen, deren Bedeutung außerordentlich viel größer ist: die Prinzipien des Kommunismus. Wir haben gesehen, wie die kommunistische Idee sich während der ganzen Revolution Bahn brechen wollte, und wie nach dem Sturz der Kommunisten zahlreiche und manchmal weitgehende Versuche in diesem Sinne gemacht werden. Der Fourierismus stammt in direkter Linie von L'Ange einerseits und von Chalier andererseits ab. Babeuf ist unmittelbar das Kind der Ideen, die 1793 die Volksmassen begeisterten. Er, Buonarotti und Sylvain Maréchal haben weiter nichts getan, als sie etwas in ein System zu bringen, oder auch nur, sie in einer literarischen Form vorzutragen. Aber aus den geheimen Gesellschaften von Babeuf und Buonarotti entspringen die geheimen Gesellschaften der „materialistischen Kommunisten", in denen Blanqui und Barbès unter der Bürgermonarchie Louis-Philippes ihre Verschwörungen spinnen. Später entsteht aus ihnen in direkter Abstammung die Internationale.

Was den „Sozialismus" angeht, so weiß man heutzutage, daß dieses Wort aufgebracht wurde, um zu vermeiden, sich „Kommunisten" zu nennen, — was in einer bestimmten Zeit gefährlich war (und heute noch ist! D. Red.), weil die geheime kommunistische Gesellschaft, da sie Aktionsgesellschaften geworden waren, von dem herrschenden Bürgertum aufs äußerste verfolgt wurden.

So besteht eine ununterbrochene Geschlechterfolge von den Enragés von 1793 und den Babeufs von 1795 bis zur Internationale.

Aber ebenso fest steht die Abstammung der Ideen, der Sozialismus unserer Zeit hat den Ideen, die von 1789 bis 1794 im französischen Volke umliefen, und die das französische Volk im Jahre II der Republik in Wirklichkeit zu verwandeln suchte, absolut nichts hinzugefügt. Der Sozialismus unserer Zeit hat nur diese Ideen in Systeme gebracht und Gründe zu ihren Gunsten gefunden, entweder indem er eine ihrer eigenen Definitionen gegen die bürgerlichen Nationalökonomen wandte, oder, indem er die Tatsachen des industriellen Kapitalismus im Laufe des 19. Jahrhunderts verallgemeinerte.

Aber ich erlaube mir zu behaupten, daß der volkstümliche Kommunismus der zwei ersten Jahre der Republik, so unbestimmt er auch war, so wenig er sich auf Argumente von wissenschaftlichem Anstrich stützte und so wenig er Gebrauch von der pseudowissenschaftlichen Sprache der bürgerlichen Nationalökonomen machte, doch klarer sah und seine Untersuchungen tiefer betrieb, als der moderne Sozialismus. Zuförderst faßten die stolzen Republikaner von 1793 den Kommunismus des Konsums ins Auge — die Kommunalisierung und Nationalisierung des Konsums. Das war es, was sie betrieben, als sie in jeder Gemeinde ihre Getreide- und Lebensmittelspeicher errichteten, als sie eine Enquête veranstalteten, um den „wahren Wert" der „Lebensbedürfnisse erster und zweiter Ordnung" festzustellen und festzumachen, als sie Robespierre das profunde Wort eingaben, nur der Ueberfluß der Lebensmittel dürfe Gegenstand des Handels sein; das Notwendige gehöre allen.

Der Kommunismus von 1793, der unmittelbar aus den Notwendigkeiten des stürmischen Lebens dieser Jahre emporgestiegen war, mit seiner Betonung des Rechts aller auf die Lebensmittel und auf den Grund und Boden, um sie zu erzeugen, sein Verwerfen der Grundeigentumsrechte, jenseits dessen, was eine Familie selber bestellen könnte (das Gut von 120 Morgen, die Meßrute zu 22 Fuß gerechnet") und sein Versuch, den Handel zu kommunalisieren — **dieser Kommunismus ging den Dingen gerader auf den Grund als alle Minimalprogramme und selbst die Maximalprinzipien unserer Zeit.**

Jedenfalls weiß man jetzt, wenn man die große Revolution erforscht, daß sie die Quelle aller kommunistischen, anarchistischen und sozialistischen Anschauungen unserer Zeit ist. Wir kannten unser aller Mutter schlecht: aber wir finden sie jetzt unter den Sansculotten wieder, und wir sehen, was wir von ihr zu lernen haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211008-11/fragment/page=0008
DFG